

SOZIALWORT DES ÖKUMENISCHEN RATES DER KIRCHEN IN ÖSTERREICH (2003)

INHALT

ZUM GELEIT	3
0 DIE CHRISTLICHEN KIRCHEN IN GEMEINSAMER VERANTWORTUNG	5
UNSERE ZEIT IST GOTTES ZEIT	5
IM NAMEN GOTTES FÜR DIE MENSCHEN.....	5
1 BILDUNG: ORIENTIERUNG UND BETEILIGUNG	7
BILDUNG IST MEHR ALS WISSEN	7
MENSCHENGERECHTE BILDUNG.....	8
FÜR UMFASSENDE BILDUNG.....	9
FÜR EINE AKTIVE BILDUNGSPOLITIK.....	10
2 MEDIEN: BEWUSSTSEIN UND ÖFFENTLICHKEIT	11
DIE DYNAMIK DER MEDIENWELT	11
LEBEN IN DER MEDIENGESELLSCHAFT	11
KONSTRUKTIVER UMGANG MIT MEDIEN	14
MEDIEN IM DIENST DER MENSCHEN.....	14
3 LEBENSVERBINDUNGEN: BEZIEHUNGSFÄHIGKEIT UND SOZIALER ZUSAMMENHALT	14
MENSCHSEIN IST LEBEN IN BEZIEHUNG	15
TRAGFÄHIGE BEZIEHUNGEN.....	15
UNTERWEGS MIT DEN MENSCHEN.....	17
FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT	18
4 LEBENSÄRÄUME: WANDEL UND GESTALTUNG	18
Lebensräume	18
LAND - STADT - EUROPA	18
LÄNDLICHER RAUM.....	18
HERAUSFORDERUNGEN UND WANDEL	19
MIT DEN MENSCHEN LEBEN	20
FÜR REGIONALE ENTWICKLUNGSKONZEPTE.....	21
STADT	21
LEBENSRAUM STADT.....	22
KIRCHEN IN DER STADT	23
MITEINANDER IN DER STADT	24
EUROPA UND REGIONEN	24
PROJEKT EUROPA	25
DIE KIRCHEN WOLLEN BRÜCKEN BAUEN	26
EUROPA - EINE HERAUSFORDERUNG	26
5 ARBEIT - WIRTSCHAFT - SOZIALE SICHERHEIT	27
WIRTSCHAFTEN IM DIENSTE DER MENSCHEN	27
ARBEITSGESELLSCHAFT IM WANDEL	28
ARBEITEN, UM ZU LEBEN	28
MENSCHENGERECHTE ARBEIT.....	30
FÜR EINE AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK.....	31
MENSCHENGERECHT WIRTSCHAFTEN.....	31
WIRTSCHAFT IST MEHR ALS MARKT	32
VERANTWORTUNGSBEWUSST WIRTSCHAFTEN	33

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

FÜR EIN NEUES LEITBILD DES WIRTSCHAFTENS.....	33
SOZIALE SICHERHEIT	34
FREIHEIT BRAUCHT SICHERHEIT.....	34
EINSATZ FÜR SOZIALEN ZUSAMMENHALT	36
SOZIALSTANDORT ÖSTERREICH	37
6 FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT	37
FRIEDEN - GABE UND AUFGABE	37
FRIEDEN IN EINER GLOBALEN WELT.....	38
FÜR EINEN UMFASSENDEN FRIEDEN.....	40
FRIEDEN DURCH GEMEINSAMES BEMÜHEN:.....	40
7 GERECHTIGKEIT WELTWEIT	41
GLOBALISIERUNG UND ARMUT	41
GLOBALISIERUNG BRAUCHT SOZIALE DIMENSION.....	41
EINSATZ FÜR WELTWEITE GERECHTIGKEIT	43
FÜR GERECHTE RAHMENBEDINGUNGEN.....	44
8 ZUKUNFTSFÄHIGKEIT: VERANTWORTUNG IN DER SCHÖPFUNG	44
NACHHALTIGKEIT - EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT	44
NACHHALTIGKEIT ALS PRINZIP	45
GELEBTE NACHHALTIGKEIT IN KIRCHEN UND GEMEINDEN	46
NACHHALTIGKEIT VERANKERN.....	47
9 VOM SOZIALWORT ZU SOZIALEN TATEN.....	47
GESELLSCHAFTLICHE PROBLEME ALS GEMEINSAME AUFGABE	48
DER BEITRAG DER KIRCHEN	48
EINLADUNG AUF DEN GEMEINSAMEN WEG	49
GLOSSAR	50

ZUM GELEIT

*„Wir verpflichten uns,
uns über Inhalte und Ziele unserer
sozialen Verantwortung miteinander
zu verständigen und die Anliegen und
Visionen der Kirchen gegenüber den
säkularen europäischen Institutionen
möglichst gemeinsam zu vertreten,
die Grundwerte gegenüber allen
Angriffen zu verteidigen.“*

Charta Oecumenica,
Leitlinien für die wachsende
Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa, Nr. 7

Das Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich ist die Frucht eines intensiven 4-jährigen Prozesses und soll weitere vertiefende Prozesse in Kirchen und Gesellschaft einleiten und inspirieren. Die Veränderungen und Herausforderungen in einer sich rasant entwickelnden Gesellschaft erfordern einen dauernden, intensiven Begleitprozess der Kirchen westlicher und östlicher Tradition in ökumenischer Verbundenheit. Das Sozialwort, geprägt vom lebendigen Wort Gottes, der Heiligen Schrift, soll dafür „Kompass“ sein.

In der ersten Phase des Prozesses haben tausende Menschen aus den 14 Mitgliedskirchen in mehr als 500 Stellungnahmen ihre Erfahrung der sozialen Wirklichkeit beschreiben. Diese Reflexionen sind im Sozialbericht, der im September 2001 erschienen ist, enthalten.

In der zweiten Phase ergaben die mehr als 150 kritischen, weiterführenden Beiträge von Parteien, Wirtschaft, Ministerien, sozialen Einrichtungen und Gemeinden zu diesem Bericht und viele intensive Diskussionen neue Einsichten, die schließlich die nun im Sozialwort behandelten Themenfelder als Schlüsselfragen erkennen ließen und zu der vorliegenden Reihenfolge der Kapitel führten. Es wird also keine „Vollständigkeit“ angestrebt, sondern wesentliche Fragen in ihrer Vielschichtigkeit und Bedeutung dargelegt im Wissen, dass es aus vielerlei Gründen auch zu Verschiebungen in der Wahrnehmung der Prioritäten kommen kann. Die im Grundlagenkapitel vorgelegten Überlegungen sollen aber bei den behandelten Themenbereichen und bei neuen Fragefeldern beachtet werden,

In der dritten Phase haben mehr als 50 Persönlichkeiten, Frauen und Männer aus den christlichen Kirchen bei der Erstellung des Textes mitgewirkt, und der Entwurf wurde einem eingehenden Begutachtungsprozess in den einzelnen Kirchen unterzogen, bevor von allen Kirchenleitungen die Zustimmung zur Veröffentlichung des jetzt vorliegenden Textes gegeben wurde.

Nach eingehenden Gesprächen wurden Bilder aus dem Kreis von Künstlern, die mit Behinderungen leben, für das Sozialwort ausgesucht. Diese Bilder helfen, Wahrnehmungen unserer Wirklichkeit zuzulassen, die üblicherweise verdrängt werden. Im Jahr für Menschen mit Behinderungen ist die Wahl der Bilder auch ein Zeichen von Anerkennung, Respekt und Verbundenheit mit diesen Menschen.

Das Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich versucht aus christlicher Sicht wegweisende Antworten zu geben oder grundsätzliche Fragen zu stellen, um schließlich konkrete Schritte zur Umsetzung der erkannten Zeichen der Zeit aufzuzeigen.

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Bei der weiteren Befassung mit diesen Aussagen und den sich daraus ergebenden Folgerungen sollen die in der ersten und zweiten Phase genannten Fragen und Einsichten mitbedacht werden.

Das Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich ist die Frucht eines Dialogprozesse und gleichzeitig eine Einladung für einen weiterführenden, vertiefenden Dialog zwischen Kirchen und Gesellschaft.

Die für 2004 angekündigte wissenschaftliche Publikation zu sozial-ethischen Fragen in den christlichen Traditionen wird dazu ein wichtiger Beitrag sein.

Abschließend sei den tausenden Frauen und Männern aus Kirchen und Gesellschaft gedankt, die in so engagierter Weise am Entstehen dieses „Kompasses“ mitgewirkt haben, insbesondere den Mitgliedern der „Steuerungsgruppe“ und der mit der Koordination des Projektes beauftragten Katholischen Sozialakademie Österreichs. Alle bisherigen Weggefährtinnen und Weggefährten werden gebeten, den weiteren Prozess zu begleiten.

Gedankt sei auch den Verantwortlichen in den 14 Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich für ihr Vertrauen und ihre Mitwirkung.

Wien, am 1. Adventsonntag 2003

Prof. Christine Gleixner FvB

Vorsitzende des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

0 DIE CHRISTLICHEN KIRCHEN IN GEMEINSAMER VERANTWORTUNG

Grundlagenkapitel:

Das Recht ströme wie Wasser, die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach. (Amos 5,24)
Was Ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan. (Matthäus 25,40b)

UNSERE ZEIT IST GOTTES ZEIT

(1) Wir leben in einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs. Wie jede Zeit ist auch unsere Zeit Gottes Zeit.

Aufgabe der Kirchen ist es, in diese Zeit hinein ein ermutigendes, in die Zukunft weisendes Wort an die Menschen zu richten. Sie können dieser Aufgabe nur in einer gemeinsamen Anstrengung gerecht werden.

(2) Die Kirchen Europas haben sich verpflichtet, Inhalte und Ziele ihrer sozialen Verantwortung miteinander abzustimmen und sie gegenüber den säkularen Institutionen möglichst gemeinsam zu vertreten (Charta Oecumenica Nr. 7).

Das Projekt Sozialwort

(3) Diese Selbstverpflichtung nahmen die 14 Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ)* im „Projekt Sozialwort“ auf. Nach den Phasen von Standortbestimmung und eingehender Diskussion legen die Kirchen nun als Ergebnis und Zeugnis das „Sozialwort“ vor.

IM NAMEN GOTTES FÜR DIE MENSCHEN

(4) Die Kirche Jesu Christi als göttlich-menschliche Institution soll auch heute ihren diakonischen Dienst vor Gott und den Menschen erfüllen. Sie tritt im Namen Christi für die Versöhnung des Menschen mit Gott, mit den Mitmenschen und mit sich selbst ein.

(5) Dieses Sozialwort spricht in die Gesellschaft. Es spricht zugleich die Kirchen selbst an, die Teil der Gesellschaft sind und an deren Entwicklungen teilhaben, als auch bemüht sind, diese Entwicklungen aus christlicher Überzeugung mitzugestalten.

Der gesellschaftliche Auftrag der Kirchen

(6) Die soziale Verantwortung der Kirchen entspringt dem Grund des Glaubens selbst. Weil Gott sich in Jesus Christus durch den Heiligen Geist liebevoll der Welt zuwendet, gehört es zum Wesen christlichen Glaubens, der Welt und den Menschen in ihren konkreten Nöten zugewandt zu sein. „Einer trage des anderen Last; so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen“ (Galater 6,2). Diese Weisung des Apostels Paulus legt den Grund für diesen Auftrag der Kirchen, den sie im Laufe ihrer Geschichte und in der Gegenwart in vielfältiger Form verwirklicht haben und verwirklichen. Bis heute sind die Kirchen durch das Engagement vieler christlicher Frauen und Männer hervorragende Trägerinnen sozialer Initiativen und sozialer Arbeit. Dieser reiche Schatz der Kirchen an Erfahrung und Kompetenz zeigte sich auch in den 522 Stellungnahmen, die in den „Sozialbericht“ eingeflossen sind und die gegenwärtige Wahrnehmung der sozialen Verantwortung durch die Kirchen dokumentieren.

Menschenwürdiges Leben für alle

(7) Im Zentrum dieses kirchlichen Engagements steht der Einsatz für ein menschenwürdiges Leben für alle.

Die Würde des Menschen gründet nach christlichem Glauben in der Gottebenbildlichkeit: Wie in der christlichen Tradition der trinitarische Gott selbst als Beziehungsgeschehen von Vater, Sohn und Heiligem Geist gedeutet wird, so wird auch Menschsein grundlegend als

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Bezogenheit verstanden. Somit gründet das Engagement der Kirchen für die soziale Wirklichkeit im Glauben an diesen Gott. Der Maßstab für die Bewertung der sozialen Realität ist daher die Würde des Menschen in der Vielfalt seiner Beziehungen, wodurch ein individualistisch, dualistisch oder autonomistisch eingeführtes Menschenbild überwunden wird.

Erfahrung des befreienden Gottes

(8) So drückt sich die soziale Verantwortung der Kirchen nicht nur in ethischen Überlegungen aus und erschöpft sich auch nicht in der notwendigen Sorge um die Opfer von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen und sozialer Ungerechtigkeit. Durch ihre Verwurzelung im Glauben an den Dreieinigen Gott betrifft sie zentrale Glaubenswahrheiten. Der Gott der Bibel hat sich selbst auf die Seite der Unterdrückten gestellt. Die Befreiung Israels aus der Sklaverei Ägyptens stellt eine zentrale Glaubenserfahrung dar, die uns Christen durch die jüdische Tradition vermittelt wurde. In Jesu Tod und Auferstehung erfahren wir die Befreiung von Schuld und Sünde. Als neue Menschen sind wir berufen zu einem Leben im Dienst für die andern.

Die soziale Tradition Israels

(9) Authentischer Gottesglaube wurde schon in den Schriften des Alten Testaments stets an der Solidarität mit Fremden und Armen, speziell mit Witwen und Waisen gemessen (Exodus 22, 21; Deuteronomium 10, 18f.; Jesaja 1, 17). Die Solidarität mit den Schwachen sollte dabei nicht nur theoretische Geltung haben, sie drückt sich auch in der konkreten Gesetzgebung aus (Sabbatjahr Deuteronomium 15, 1f; Jubeljahr Leviticus 25, 8-31; Begrenzung der Schuldklaverei Exodus 21, 2-11). Schon die Propheten und Prophetinnen Israels stellten das Volk Gottes vor die Alternative zwischen Gott und den Götzen und kritisierten aus Glaubensgründen Ungerechtigkeit und Habsucht.

Die Botschaft Jesu

(10) In dieser prophetischen Tradition stehend verkündet Jesus am Beispiel des barmherzigen Samariters (Lukas. 10,25-37) und in der Rede vom Weltgericht (Matthäus 25, 31-46) die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. In der Hilfe für den Notleidenden geschieht Begegnung mit Gott. Kritisch verweist Jesus darauf, dass es nicht möglich ist, zugleich Gott und dem Mammon zu dienen (Matthäus 6,24).

(11) Im Licht der Tradition Israels und der Botschaft Jesu sind wir daher gerufen zu Solidarität mit den Schwachen und Hilfe für Notleidende, aber auch dazu, auf Unrecht hinzuweisen und falschen Göttern abzusagen.

Dem Wort Gottes verpflichtet

(12) Die jedem Kapitel des Sozialworts vorangestellten Schriftworte verweisen auf die Bibel in ihrer kritischen und inspirierenden Funktion. So soll deutlich werden, dass sich die Kirchen in ihrer sozialen Verantwortung dem Auftrag Gottes, wie er in der Heiligen Schrift bezeugt ist, verpflichtet wissen.

Glaubwürdig durch Engagement

(13) Die Botschaft der Kirchen ist dann glaubwürdig, wenn sie durch das eigene Engagement gedeckt ist. Die breite Basis der Stellungnahmen im Sozialbericht und die große Kompetenz, die sich in ihnen ausdrückt, ist Grund, das vielfältige Engagement kirchlicher Einrichtungen, Initiativen und einzelner Christinnen und Christen sowie ihre breite Beteiligung am Projekt Sozialwort dankbar anzuerkennen. Auch die Aussagen dieses Sozialwortes werden nur in Verbindung mit der Praxis der Kirchen glaubwürdig sein. Deshalb verpflichten sich die Kirchen in jedem Kapitel zu einem entsprechenden Engagement und zu Initiativen, an denen ihre Anliegen erkennbar werden.

Auf dieser Basis ist es möglich, mit Gruppen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, sowie Forderungen an die Gesellschaft und die politisch Verantwortlichen zu richten.

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Solidarisch mit den Armen

(14) Ausgehend von der Weltzuwendung Gottes wissen sich die Kirchen in besonderer Weise an die Seite der Armen und Ausgestoßenen gestellt. Sie betrachten die Wirklichkeit von Welt und Gesellschaft aus der Perspektive des Evangeliums. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt Armen und Menschen am Rande der Gesellschaft. Hilfe für Hungernde, Fremde und Obdachlose, für Kranke und Gefangene ist für Jesus unerlässliche Voraussetzung für eine geglückte Gottesbeziehung.

In Sorge um Schöpfung und Zukunft

(15) Weiters richtet sich die Aufmerksamkeit der Kirchen auf die bedrohte Schöpfung, auf die Forderungen einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung und einer gerechten Verteilung der Güter dieser Erde. In dieser Blickrichtung sehen die Kirchen heute eine weltweite Verschärfung der sozialen Konflikte, eine Zunahme von Armut und eine sich ausbreitende Tendenz der Entwürdigung von Menschen. Dazu dürfen und können die Kirchen um Jesu Christi willen nicht schweigen.

Mit Zuversicht unterwegs

(16) Die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich engagieren sich im Vertrauen, dass sich auch in unserer Zeit die Gesellschaft durch den konstruktiven wie kritischen Beitrag vieler weiterentwickeln kann - zum Wohl aller. Die Kirchen werden alles daran setzen, dass die realen, materiellen und rechtlichen Voraussetzungen für die Teilhabe aller Menschen an einem Leben in Freiheit und Gemeinschaft, in Verantwortung und Würde geschaffen werden können.

1 BILDUNG: ORIENTIERUNG UND BETEILIGUNG

Bildung

Altes Testament

Weisheit übertrifft die Perlen an Wert,
keine kostbaren Steine kommen ihr gleich.
Ich, die Weisheit, verweile bei der Klugheit,
ich entdecke Erkenntnis und guten Rat. (Sprichwörter 8, 11-12)

Neues Testament

Der Gott Jesu Christi, unseres Herrn, ... gebe euch den Geist der Weisheit... . Er erleuchte die Augen eures Herzens, damit ihr versteht, zu welcher Hoffnung ihr durch ihn berufen seid (Epheser 1, 17-18)

BILDUNG IST MEHR ALS WISSEN

(17) Eine moderne, demokratische, komplexe und sich rasch wandelnde Gesellschaft braucht selbstbewusste, kritische und mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich auch dort orientieren können, wo die sie umgebende Welt unübersichtlich ist. Sie müssen fähig sein, gesellschaftliche Umbrüche im Blick zu behalten, einen Standpunkt einzunehmen und in Freiheit Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Gerade Freiheit und Verantwortung füreinander sind ein wesentliches Erbe des Christentums.

Bildung - eine Schlüsselfrage

(18) Die Zukunft der Bildung ist eine der entscheidenden Herausforderungen einer modernen Gesellschaft. Bildung, die dem Menschen gerecht wird, wurzelt in einem lebendigen Interesse an der Welt, das zutiefst aus dem Staunen, der Achtung und der Dankbarkeit kommt. Neugier, Achtsamkeit, Verantwortungsbewusstsein, Beziehungsfähigkeit und Weltoffenheit sind grundlegende Ziele einer Persönlichkeitsbildung, die von Kindheit an grundgelegt wird und ein Leben lang weiterzuentwickeln ist. Darauf bauen jene Fähigkeiten auf, welche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, in Wirtschaft und Politik ermöglichen:

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Allgemeinbildung, Vertrautheit mit modernen Technologien und berufsspezifische Qualifikationen. Diese Bildungsziele sind aufeinander bezogen, bedingen und ergänzen sich.

MENSCHENGERECHTE BILDUNG

(19) In der Diskussion über die soziale Dimension des Bildungswesens werden vor allem die Bedeutung eines uneingeschränkten Zugangs zu Bildung als ein Grundrecht, und die besondere Förderung benachteiligter oder unterrepräsentierter Gruppen betont. Die Erziehung zu Toleranz, Achtung anderer und Solidarität sowohl im nationalen wie im globalen Zusammenhang werden dabei hervorgehoben. Ein ganzheitliches, nicht allein an intellektueller Leistung oder wirtschaftlicher Verwertbarkeit orientiertes Verständnis von Bildung ist gefordert.

Ganzheitliche Bildung

(20) Bildung und Ausbildung erweisen sich zunehmend als Schlüssel zu besseren Lebenschancen für den Einzelnen sowie als immer bedeutsamer werdende Quelle des Wohlstands. Der schnelle Wandel der beruflichen Anforderungen und der auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen verlangt nicht nur nach lebenslangem Lernen, sondern auch nach einem umfassenderen Verständnis von Bildung.

Je rascher die gesellschaftlichen Veränderungen, desto wichtiger wird Bildung als Hilfe zur Orientierung und Sinnfindung. Praktische, kurz- und mittelfristig anwendbare Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten sind wichtig, sie bedürfen aber der Einbettung in Grundhaltungen emotionaler, kognitiver und ethischer Art.

Bildung schafft Bindung

(21) Bildung kann Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammenführen, durch gemeinsames Lernen den Horizont eines jeden und einer jeden Einzelnen weiten und helfen, Brücken zu bauen zwischen Generationen und zwischen den Geschlechtern, zwischen Kulturen und Religionen. Orte der Bildung können so Orte der Integration von Fremden und von Menschen mit Behinderungen sein. Das Einüben in den Umgang mit anderen und mit ihren Eigenheiten ist ein unerlässliches Lernziel. Bildung schafft Bindung und stärkt so den sozialen Zusammenhalt.

Bildung als Menschenrecht

(22) Ein breiter Zugang zu Bildung als einem grundlegenden Recht aller Menschen ist in vielen armen Ländern noch keineswegs verwirklicht. Menschen, die schon als Kinder keine Chance erhalten, sich grundlegendes Wissen anzueignen und ihre eigenen Fähigkeiten zu entfalten, können an vielen Errungenschaften in unseren modernen und komplexen Gesellschaften nicht teilhaben.

Bildung kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Menschen einen Ausweg aus der Armut zu ermöglichen, der sie zugleich zu Subjekten ihrer Lernprozesse macht und ihr Selbstwertgefühl erhöht.

Je höher der allgemeine Bildungs- und Ausbildungsstandard einer Gesellschaft ist, desto schwerer haben es jene, die aus Gründen von körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung geringere Bildungschancen haben als andere. Eine reiche Gesellschaft hat solche Benachteiligungen durch besondere Bemühungen nach Kräften auszugleichen, um dieser Personen und um der ganzen Gesellschaft willen.

Bildung ist keine Ware

(23) Bildung bedeutet, dass Menschen sich bilden. Es geht um die Aneignung eines Wissens, das es ihnen ermöglicht, ihr Leben sinnvoll zu gestalten. Die Tendenz einer fortschreitenden Ökonomisierung von Bildung und ihre vorrangige Beurteilung nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen wird der Bedeutung von Bildung nicht gerecht. Gewiss stehen bei Lernprozessen konkrete Ausbildungsziele im Vordergrund. Dabei ist aber auch ihre Wirkung auf die einzelnen Personen und ihre gesellschaftliche Bedeutung im Auge zu behalten.

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

(24) Bildung hat wesentlich mit Menschenwürde, Gerechtigkeit und Freiheit zu tun und muss darum Allgemeingut bleiben. Wird Menschen der Zugang zur Bildung erschwert oder aus finanziellen Gründen unmöglich gemacht, so gereicht dies zum Nachteil der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Teilnahme am Leben der Gesellschaft

(25) Bildung muss zur Gestaltung des Lebens und zu gesellschaftlicher Teilnahme befähigen. Einer Fülle an Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten stehen Vereinsamung, Entsolidarisierung und die Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen gegenüber, die diese Möglichkeiten nicht nutzen können.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzungen werfen immer neue politische Fragestellungen auf, deren Unüberschaubarkeit oft zu resigniertem Desinteresse führt. Dem Bildungswesen erwachsen daraus Aufgaben, die über Erziehung und Unterricht im herkömmlichen Sinn hinausgehen. Es geht darum, mitmenschliche Sensibilität und Dialogfähigkeit zu fördern. Bildung soll zu verantwortungsvoller Teilnahme an der Gesellschaft motivieren und befähigen.

Lebensbegleitende Bildung

(26) Das rasch sich ändernde Wissen erfordert über die Erstausbildung hinaus lebensbegleitende Weiterbildung. Dabei kommt der außerschulischen Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung besondere Bedeutung zu. Deshalb hat die EU im Jahr des lebenslangen Lernens (1996) die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der verschiedenen Formen nicht berufsbezogener Bildungsarbeit gelenkt und die Bereitstellung entsprechender Ressourcen gefordert. Lernfähig zu bleiben, wird die Hauptanforderung der kommenden Jahre.

Institutionen der Bildung

(27) Dem Bildungswesen kommt in seinen verschiedenen Institutionen und Trägerschaften große Bedeutung für die individuelle Entfaltung wie auch für das Gemeinwohl zu. Die verschiedenen Orte der Bildung, Schulen, Universitäten und Fachhochschulen und auch die Einrichtungen der Erwachsenenbildung werden in ihrer Bedeutung weiter zunehmen. Ebenso wichtig ist eine gute Lehrlingsausbildung und Weiterbildungsprozesse in Betrieben und Gemeinden, die ihren je eigenen Beitrag zu einer ganzheitlichen Bildung leisten.

Beitrag der Kirchen

(28) In diesem Zusammenhang sind die Kirchen als wichtige Träger von Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung gefordert. Sie leisten mit ihren Einrichtungen einen unverzichtbaren Beitrag zu einem differenzierten Bildungssystem. Christliche Bildungseinrichtungen nehmen eine wesentliche Brückenfunktion zwischen den Kirchen und der Gesellschaft wahr: im Bereich des Identitätslernens, der Lebensgestaltung, der Wertebildung, der Sprachkompetenz, der gesellschaftspolitischen Bewusstseinsbildung, der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur.

(29) Das spezifisch Christliche des kirchlichen Engagements ist es, Menschen zu helfen, die Wirklichkeit Gottes im eigenen Leben und in den Vorgängen der Gesellschaft zu entdecken. Die Kirchen wollen Menschen dazu hinführen, sich in ihrem Tun von Gottes Geist leiten zu lassen und ihm im Glauben zu antworten. Fragen des Lebens und der Gesellschaft entscheiden sich im Blick auf Jesus Christus, dem Menschen für andere.

FÜR UMFASSENDE BILDUNG

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen achten auf hohe Qualität ihrer Bildungsangebote. Sie wollen die Menschen in ihrer Würde ernst nehmen und zu Teilhabe und Mitgestaltung befähigen. Sie tragen dabei besondere Verantwortung für Kinder und junge Menschen, die ihnen anvertraut sind. (30)

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

- Die Kirchen fördern in ihren eigenen Schulen, mit ihrer reichen Tradition und ihrer Offenheit, Kinder und Jugendliche aller Schichten und Herkunftsländer. Dabei kommt einem entsprechend gestalteten Religionsunterricht besondere Bedeutung zu. (31)
- Die Kirchen stellen in ihrer Erwachsenenbildung offene Bildungsangebote bereit, die auch für Einzelne und Gruppen zugänglich sind, die sonst nur schwer Zugang zur Bildung finden. (32)
- Die Kirchen wollen ihre Vielfalt positiv nützen und gruppenübergreifende Lernprozesse zwischen jungen und alten Menschen, zwischen Frauen und Männern fördern und einen Raum zur Integration von Menschen mit Behinderungen oder von Fremden bieten. (33)
- Die Kirchen sind aufgefordert, verstärktes Augenmerk auf Frauen als Vermittlerinnen von Wissen und Weisheit zu richten. Dazu dienen auch spezifische Bildungsprogramme der Frauenförderung. (34)
- Die Kirchen pflegen in ihren Bildungseinrichtungen eine Kultur des Dialogs und der Solidarität, die zu gesellschaftlich verantwortlichem Handeln befähigt. (35)
- Die Kirchen verbinden in ihrer ganzheitlichen Bildungsarbeit die Erschließung des Glaubens mit dem Eingehen auf die persönlichen und gesellschaftlichen Fragen der Menschen. (36)

FÜR EINE AKTIVE BILDUNGSPOLITIK

Aufgaben für die Gesellschaft

- Die Kirchen treten für eine offene Diskussion über eine Neuformulierung der Ziele der Bildungspolitik ein, die die verschiedenen Ebenen der Bildung und die unterschiedlichen Träger einbezieht. (37)
- Bildungspolitische Maßnahmen müssen sich an einem umfassenden Bildungsbegriff orientieren und nicht nur an der ökonomischen Verwertbarkeit. Soziales Lernen muss als gleichberechtigtes Ziel anerkannt werden. (38)
- Im Sinne des Rechts auf Bildung muss sichergestellt werden, dass der Zugang zu Schulen, Universitäten und sonstigen öffentlichen Bildungseinrichtungen für Angehörige aller Schichten offen bleibt. (39)
- Die Schaffung von Lehrstellen in den Betrieben und Einrichtungen der Lehrlingsausbildung bedürfen besonderer Förderung. (40)
- Es müssen ausreichend Mittel für Jugendarbeit und ganzheitliche Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt werden. Im Interesse der Vielfalt des Bildungsangebotes sind dabei auch konfessionelle Bildungsträger zu unterstützen. (41)
- Bildung muss sich den Herausforderungen einer Weltgesellschaft stellen. Um weltweite Zusammenhänge zu erkennen, zu verstehen und zu gestalten, ist die Entwicklung eines globalen Ethos zu fördern. Dafür sind interkulturelles Lernen, Friedenserziehung, Fragen der sozialen und der Geschlechtergerechtigkeit sowie politische und wirtschaftliche Alphabetisierung wichtig. (42)

2 MEDIEN: BEWUSSTSEIN UND ÖFFENTLICHKEIT

Medien

Altes Testament

Das Wissen ist für den Gebildeten ein stärkerer Schutz als zehn Machthaber zusammen. (Kohélet 7,19)

Neues Testament

Euer Ja sei ein Ja, euer Nein ein Nein. (Matthäus 5,37)

DIE DYNAMIK DER MEDIENWELT

(43) Unsere Wahrnehmung von Wirklichkeit und unser Bewusstsein von gesellschaftlichen Vorgängen werden wesentlich von den Medien geprägt. Information und Kommunikation laufen über Medien.

Entscheidende Vorgänge in der Gesellschaft finden im öffentlichen Raum statt. Demokratie lebt von öffentlicher Auseinandersetzung, die vor allem über die Medien geführt wird. Demokratie bedarf auch der Kontrolle von Macht, wie sie wesentlich von Medien geleistet wird.

So spielen Medien in ihrer Vielfalt, Fernsehen und Radio, Zeitungen und Zeitschriften - aber auch die elektronischen Medien - eine fundamentale Rolle für das gesellschaftliche und politische Leben.

Weltweite Informationsgesellschaft

(44) Die vergangenen zehn Jahre haben einen grundlegenden Wandel in der weltweiten Medienlandschaft gebracht. Fernsehen, Radio und die so genannten neuen Medien, allen voran das Internet, ermöglichen es, nie gekannte Informationsmengen in kürzester Zeit überall hin zu verbreiten. Mit Chatrooms wurden neue globale Kommunikationsnetze geschaffen und dazu neue Sprachformen entwickelt. Das Internet hat neue Möglichkeiten der politischen Partizipation eröffnet.

(45) Viele Menschen haben das Gefühl, von der Fülle des Informationsangebots überfordert zu werden. Sie finden es nicht leicht, auszuwählen und sich eine eigene Meinung zu bilden, zu unterscheiden zwischen Wahr und Falsch, zwischen echten und fiktiven, zwischen umfassenden und aus dem Zusammenhang gerissenen Bildern und Berichten.

LEBEN IN DER MEDIENGESELLSCHAFT

(46) Die Bilder des Fernsehens bestimmen, was als wichtig gilt. Wenn internationale Nachrichtensender Bilder eines Ereignisses um die Welt schicken, werden diese in nationale und lokale Sendungen als Spitzennachricht übernommen. Das bedeutet automatisch das Zurückdrängen anderer Informationen, weil nicht nur die Sendezeit und die Ressourcen der Sender beschränkt sind, sondern auch die Aufnahmefähigkeit der Seher und Hörer. Wenn täglich über Krieg in einem bestimmten Land berichtet wird, verschwinden alle anderen Kriege in anderen Erdteilen aus unserem Bewusstsein. Wenn Erdbeben und Hungersnot ein Land heimsuchen, wird darüber in allen Medien berichtet und die Hilfsbereitschaft geweckt. Wenn anschließend ein neues Thema in den Mittelpunkt der Berichterstattung tritt, geraten die früheren Katastrophen rasch in Vergessenheit. So bedeutet Fernsehzeitalter einerseits, dass Menschen weltweit, mit Satellitenempfang bis hinein in die entlegensten Gebiete, sofort dieselben Bilder und Informationen bekommen. Und es bedeutet andererseits, dass der weitaus größte Teil dessen, was in unserer Welt geschieht, kaum ins allgemeine Bewusstsein dringt. So kann das Fernsehen nur ein unvollständiges, manchmal einseitiges oder verzerrtes Bild der Welt vermitteln.

Politik und Öffentlichkeit

(47) Wenn Weltdeutung und Weltwahrnehmung wesentlich über die Massenmedien verlaufen, dann findet in einer demokratischen Öffentlichkeit die politische Auseinandersetzung vorrangig in den Medien statt.

Fernsehen ist zu einer zentralen politischen Plattform geworden. Damit Politik für die Seher interessant ist, muss sie entsprechend aufbereitet und inszeniert werden. Aussehen von Politikerinnen und Politikern, ihre Art zu reden und eine leicht verständliche Darstellung programmatischer Inhalte entscheiden weithin über Erfolg oder Misserfolg von Politikern, Politikerinnen und Parteien.

Um Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, wird oft zu häufiger Wiederholung vereinfachter Botschaften gegriffen.

(48) Politik und Medien sind aufeinander angewiesen. Parteien brauchen eine möglichst hohe Medienpräsenz, die Sender möglichst hohe Zuschauerquoten. Deshalb müssen alle Meldungen immer neu und dramatisch sein. Es muss rasch verkündet, schneller berichtet, sofort entschieden werden, die Opposition muss sofort reagieren.

Politik unterwirft sich damit der auf kurzfristige Neuigkeitsproduktion festgelegten Eigengesetzlichkeit der Medien.

Demokratische Prozesse beanspruchen jedoch Zeit, um zu guten Ergebnissen zu kommen. Wenn politische Prozesse, Dialog und Entscheidungsfindung unter dem wachsenden Druck, in den Medien rasche Ergebnisse zu präsentieren, abgekürzt werden, steigt die Fehleranfälligkeit des politischen Systems.

Zivilgesellschaft und Medien

(49) Politik besteht nicht nur aus den Aktivitäten politischer Parteien, Verbände, Organisationen und Vereinigungen. Die Kirchen und die immer mehr an Bedeutung gewinnenden Netzwerke - etwa gegen Armut oder für die Bewahrung der Umwelt - brauchen ebenso die Medien, um ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Neben deren eigenen Medien sind es vor allem Fernsehen, Rundfunk, Printmedien und die „neuen Medien“, die als Kommunikationspartner entsprechende Möglichkeiten zur Verfügung stellen können. Das Interesse ist dabei gegenseitig: Vertreter und Vertreterinnen von Kirchen und nichtstaatlichen Organisationen sind für die Medien interessant, weil deren Vertreter und Vertreterinnen gesellschaftliche Veränderungen oft früher erkennen und damit Trends und Zukunftsentwicklungen aufzeigen.

Medienkonzentration und Ökonomisierung

(50) Weltweit sind in den letzten Jahren starke Konzentrationsprozesse der globalen, kontinentalen und regionalen Medienunternehmen zu beobachten. Einige wenige Konzerne beherrschen die großen globalen Netze. Sie dominieren gleichzeitig Fernsehanstalten, Hörfunk und die meinungsbildenden Printmedien.

Dazu kommt die zunehmende Ökonomisierung der Medien - auch in Österreich. Private Medienbetreiber müssen Gewinne erzielen, verlegerisches oder weltanschauliches Bemühen tritt zunehmend hinter die kommerziellen Interessen zurück.

(51) Allerdings werden auch Ansätze eines Dritten Sektors - nicht gewinnorientierte Medien wie freie Radios - sichtbar. Ihre wichtige demokratie- und gesellschaftspolitische Funktion wird finanziell noch kaum von der öffentlichen Hand unterstützt. Offene Kanäle als Bürgerfernsehen könnten in Zukunft neue Chancen für unterschiedliche Gruppen und Vereinigungen eröffnen, sich zu Wort zu melden.

Medienfreiheit

(52) Medienfreiheit ist eine der Voraussetzungen für Medienvielfalt. Konzentrationsprozesse, wie sie auch in Österreich vor allem im Bereich von Zeitungen und Zeitschriften stattfinden, beeinträchtigen die Medienvielfalt und erschweren die Meinungsbildung.

Medienfreiheit ist ein Recht, das fairer Zugangschancen bedarf. Die Ökonomisierung der Medienlandschaft schließt schwache Mitspieler ohne große finanzielle Ressourcen oder Vertreter von Minderheiten zunehmend aus. Medienfreiheit bedeutet daher auch in

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Österreich, dass Minderheiten Zugang zu den Medien haben müssen. Medien sind für Minderheiten notwendig.

(53) Auf globaler Ebene sind die Unterschiede von Macht und Einfluss der Medien zwischen den großen Industriestaaten und kleineren und ärmeren Ländern enorm. Die reichen Gesellschaften haben ungleich mehr Möglichkeiten zur weltweiten Meinungsbildung und zur Propagierung ihrer Kultur und Lebensweise. Mit ihren Informationen und Filmen verbreiten sie Bilder eines Lebensstils, die allenfalls einen Teil der Realität darstellen, aber für viele Arme zum Trugbild guten Lebens werden.

Der erschwerte Zugang der armen Länder zu globaler Kommunikation kann auch durch die wachsende Inanspruchnahme des weltweiten Informations- und Kommunikationsnetzes des Internet nicht ausgeglichen werden, weil Zugangsmöglichkeiten und Ressourcen beschränkt sind.

Medien-Ethos

(54) Medien sind grundsätzlich einer sachgerechten Information verpflichtet. In der gegenwärtigen Unübersichtlichkeit und Meinungsvielfalt ist der verantwortliche Umgang mit Macht und Einfluss durch Information von höchster Bedeutung.

Deshalb bedarf es kritischer Auseinandersetzung, wenn Medien Stereotype und Vorurteile verbreiten, Menschen als Mittel der Unterhaltung benützen, manchmal in entwürdigender Weise. Zu kritisieren ist auch Werbung, wenn sie besonders Frauen als Objekte benutzt und Klischees verbreitet.

Je größer der Einfluss eines Mediums, umso strenger sind Kriterien der Menschenwürde und der Achtung von Minderheiten einzuhalten. Wenn ganze Gruppen wie Arbeitslose, nationale Minderheiten oder Menschen mit anderer Hautfarbe als Außenseiter dargestellt werden, werden sie auch dazu gemacht. Dadurch wird die Menschenwürde verletzt, und der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet.

Umso notwendiger ist die Beachtung journalistischer Standards und Qualitätskriterien für korrekte Berichterstattung. Für deren Nicht-Beachtung sollten entsprechende Sanktionen vorgesehen sein.

Medienerziehung

(55) Der kompetente Umgang mit Medien ist ein wichtiges Bildungsziel.

Besonders groß ist der Einfluss der Bilderwelt auf junge Menschen, die heute schon sehr früh mit Medien konfrontiert werden. Kindern sind fiktive Gestalten des Fernsehens oft vertrauter als reale Menschen, die Werbung beeinflusst ihre Wünsche und ihre Weltsicht. Fernsehen und andere Medien prägen die persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mitunter stärker als die Erziehung durch Eltern und Schule.

Den selbstverständlichen und unvoreingenommenen Gebrauch der Medien durch die jüngere Generation zu nützen und für alle - auch die Erwachsenen - in Richtung eines verantwortungsbewussten Umgangs weiterzuentwickeln, ist Aufgabe von Medienpädagogik und Erwachsenenbildung.

Medien und Kirchen

(56) Mit der Vermittlung von Weltbildern, Werten und Lebenskonzepten haben die Medien Funktionen der Sinnstiftung übernommen und treten in Konkurrenz zu Kirchen und Religionsgemeinschaften. Medien sind so selbst „religiöse“ Institutionen geworden. Die Antwort der Kirchen muss eine kompetente Auseinandersetzung mit den in den Medien vermittelten Sinn-Angeboten sein.

Durch eine offene Informationspolitik und aktive Medienarbeit sollten die Kirchen versuchen, ihren Auftrag in der Gesellschaft wahrzunehmen.

KONSTRUKTIVER UMGANG MIT MEDIEN

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen sollen mit den Medien im Wissen um deren Eigengesetzlichkeit kooperieren, um ihre Stimme in der Gesellschaft zu Gehör zu bringen. (57)
- Die Kirchen treten ein für die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Auftrags des ORF, um dessen demokratiepolitische Funktion zu sichern. (58)
- Die Kirchen wollen mit ihrer Medienarbeit auch den Stimmlosen, den Minderheiten eine Stimme geben. Sie schaffen auch Kommunikationsmittel für Gruppen, die sonst keine Beachtung finden. (59)
- Die Kirchen fördern in ihrer Bildungsarbeit das kritische Bewusstsein im Umgang mit Medien. (60)
- Die Kirchen beteiligen sich an der medienpolitischen Debatte und fördern die Entwicklung und Umsetzung medienethischer Kriterien. Dazu bedarf es auch im Bereich der Kirchen geeigneter professioneller Institutionen und entsprechend qualifizierter Personen. (61)

MEDIEN IM DIENST DER MENSCHEN

Aufgaben für die Gesellschaft

- Die Kirchen erwarten von den politisch Verantwortlichen, Maßnahmen gegen eine weitere Medienkonzentration in Österreich zu ergreifen. (62)
- Die Kirchen fordern von der Politik, kleine und alternative Medien zu fördern und zu stärken. (63)
- Die Kirchen erwarten von den Medien, dass sie ihre demokratiepolitische Funktion durch unabhängige Berichterstattung verstärkt wahrnehmen und den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Gruppen fördern. (64)
- Im Sinne einer demokratischen und offenen Gesellschaft fordern die Kirchen alle Beteiligten zur Entwicklung einer Kultur kritischer Auseinandersetzung auf, in der auch Andersdenkende respektvoll behandelt werden. (65)
- Um die Medienkompetenz zu fördern, erwarten die Kirchen eine Auseinandersetzung und Einübung des Umgangs mit Medien in Schulen und den Einrichtungen der Erwachsenenbildung. (66)

3 LEBENSVERBINDUNGEN: BEZIEHUNGSFÄHIGKEIT UND SOZIALER ZUSAMMENHALT

Lebensverbindungen

Altes Testament

Gott schuf den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie. (Genesis 1,27)

Neues Testament

Das ist mein Gebot: Liebt einander, so wie ich euch geliebt habe. Es gibt keine größere

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt.
(Johannes 15, 12-13)

MENSCHSEIN IST LEBEN IN BEZIEHUNG

(67) Von der Empfängnis an ist menschliches Leben geprägt durch Beziehung. In Sicherheit bietenden Beziehungen kann das Kind den anderen und die Welt so kennen lernen, dass es sich zu einer eigenständigen, sozial kompetenten und verantwortlichen Persönlichkeit entwickelt und seine Identität findet. Die Sehnsucht nach gelingenden Beziehungen bleibt für das weitere Leben bestimmend.

Beziehungen müssen sich bewähren

(68) Im spannungsreichen Umfeld der Komplexität des Alltags, in der Auseinandersetzung mit den Erwartungen anderer und den Wünschen nach persönlicher Entfaltung, in der Vielfalt konkurrierender Lebensentwürfe hat sich Beziehungs- und Bindungsfähigkeit zu bewähren.

(69) Menschliche Beziehungen werden in Frage gestellt und oft schwer belastet durch Misstrauen, durch Rivalität in Arbeit und Wirtschaft, in einer Konsum- und Freizeitwelt, die mehr vom Haben als vom Sein bestimmt ist. Die Beschleunigung des Lebens und die sich daraus oft ergebende Überforderung, der schleichende Verlust gemeinsamer gesellschaftlicher Ruhezeiten und der Möglichkeit für zweckfreie menschliche Begegnungen beeinträchtigen und gefährden das menschliche Zusammenleben.

TRAGFÄHIGE BEZIEHUNGEN

Lernort Familie

(70) Die für jeden Menschen entscheidenden Erfahrungen von Liebe und Angenommen-Sein, von Vertrauen, Verlässlichkeit und Sicherheit werden vor allem in der Familie grundgelegt. Familien sind der Ort der Geborgenheit. Doch auch negative Grunderfahrungen können in der Familie gemacht werden: Brüchigkeit der Beziehungen, Zurückweisung und Enttäuschung, Erfahrung physischer und psychischer Gewalt können für das Leben prägend werden und nach der Tragfähigkeit von Beziehungen fragen lassen.

Gottes- und Nächstenliebe

(71) Christinnen und Christen sind überzeugt, dass Gott selbst mit jedem Menschen in Beziehung tritt. In menschlicher Liebe und Treue wird die Liebe und Treue Gottes gegenwärtig.

Gottes Treue gibt uns den Mut, trotz unserer menschlichen Schwäche darauf zu vertrauen, dass auch unter Menschen Treue und Verlässlichkeit möglich sind. Sie bilden die Basis jeder verbindlichen menschlichen Gemeinschaft.

Freiheit und Bindung

(72) Wenn Menschen heranwachsen, müssen sie zunehmend Verantwortung übernehmen, sich selbst, anderen Menschen und dem Schöpfer gegenüber. Dabei erfahren sie die Spannung von Freiheit und Bindung.

Die Fähigkeit, Beziehungen aufzubauen, und die Bereitschaft, verlässliche Bindungen einzugehen, sind von grundlegender Bedeutung für das persönliche Leben und für die Möglichkeit zu einem verantwortungsbewussten gesellschaftlichen Leben, Mitsein und Mitgestalten.

Leitbild für Ehe und Familie

(73) Die monogame Ehe, in der Mutter und Vater den ihnen anvertrauten Kindern ein Wachsen und Reifen in einem geschützten Lebensraum ermöglichen, ist Leitbild der christlichen Familie.

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Ein Leben nach diesem Leitbild stellt die Menschen vor eine Reihe von Herausforderungen: War im traditionellen Familienbild die Rollenteilung zwischen dem außerhäuslich erwerbstätigen Vater und der Hausfrau-Mutter klar definiert, so stellt heute die Verbindung von Familie und Erwerbsarbeit eine Herausforderung für Mütter und Väter dar, deren Lösung weitgehend den Einzelnen überlassen bleibt. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bieten dafür oftmals zu wenig Hilfestellung.

Der tiefen Sehnsucht nach gelingenden Beziehungen steht die Angst gegenüber, dass Bindungen einengen, die Freiheit einschränken könnten. Als Reaktion darauf versuchen Menschen, sich möglichst unabhängig zu machen. Individuelle Unabhängigkeit und Eigeninteresse werden zu gesellschaftlichen Leitwerten, hinter denen die Würde der anderen und die Bedeutung zwischenmenschlicher Beziehungen und des sozialen Zusammenhalts zurücktreten. Dabei wird vielfach nicht wahrgenommen, wie sehr Menschen dadurch in Isolation geraten und menschlich verarmen.

Das Gelingen christlicher Ehe, lebenslanger Bindung und gegenseitiger Liebe ist getragen von der Zusage Gottes und dem vertrauensvollen sich Bemühen um eine Kultur der Beziehung.

In diesem Bemühen wissen sich die Familien eingebunden in größere soziale Netze von Freundschaft, Gemeinde und „Gottesfamilie“, die den Blick über die Kernfamilie hinaus weiten.

Wagnis und Scheitern

(73) Der hohen Bewertung von menschlichen Beziehungen entspricht eine große Aufmerksamkeit für ihr Scheitern. Christinnen und Christen wissen um das Glück gemeinsamen Lebens, sie wissen aber auch um das Scheitern in Partnerschaft, Ehe und Familie. Beides verdient auf je angemessene Weise Beachtung und Behutsamkeit.

Christinnen und Christen treten dafür ein, dass geglückte, aber auch nicht gelungene Lebensrealitäten in den Partnerschaften, den Ehen und Familien entsprechend beachtet werden.

Beziehungen werden heute in vielfältigen Lebensmodellen gelebt, die Kirchen und Gesellschaft vor schwierige Fragen stellen, die zu unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Lösungsversuchen führen. Dabei stehen auch die Betroffenen selbst vor großen Herausforderungen. In jedem Fall sind Respekt, wechselseitiges Einverständnis, Gewaltfreiheit und Gleichberechtigung für eine menschengerechte Lebensweise unverzichtbar.

Lebensbedrohende Entwicklungen

(74) In den schwerwiegenden Fragen von Abtreibung und Reproduktionsmedizin droht die Würde menschlichen Lebens ausgeblendet und Gewalt gegen menschliches Leben, das sich nicht schützen kann, legitimiert zu werden.

In diesen Fragen bestehen auch zwischen den Kirchen unterschiedliche Positionen. Einig sind sich die Kirchen im Eintreten für Freiheit in Verantwortung und im Einbeziehen der Rechte des andern, die für ein menschenwürdiges Leben in unserer Gesellschaft unerlässlich sind. Das Prinzip der Autonomie darf nicht verabsolutiert werden, sondern schließt Verantwortung für sich und andere ein.

In der Frage der Euthanasie treten die Kirchen in Österreich in ihrer Erklärung zum menschenwürdigen Sterben einstimmig für eine Kultur der Solidarität mit den Sterbenden ein und lehnen jede Form der Euthanasie ab.

Die Machbarkeit in Wissenschaft und Technik findet ihre Grenze in der Unverfügbarkeit des Lebens.

Verantwortung für das Leben

(75) Menschliches Leben braucht Achtung, Geborgenheit und Fürsorge vom Beginn bis zu seinem Ende. Kinder brauchen für ihre Entwicklung die Geborgenheit in einer Familie, kranke und alte Menschen Begleitung und Hilfe. Männer sind dabei ebenso gefordert wie Frauen.

Nur in einer Gesellschaft, in der menschliche Verbundenheit und Freundschaft gepflegt werden, werden sich Menschen füreinander einsetzen, wird ein Klima der Solidarität entstehen, in dem auch Kranke und Behinderte Hilfe und Pflege, Obdachlose und Suchtkranke Unterstützung, Gefangene und Haftentlassene Begleiter auf dem Weg zurück in die Gesellschaft finden können.

Beziehungsfähigkeit und Engagement

(76) Neben Familien, Nachbarschaft und Freundeskreis übernehmen verschiedene Organisationen Verantwortung und sind zur Hilfe bereit. Eine große Zahl ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen sich in den Dienst sozialer Einrichtungen und bilden durch ihre verlässliche Bereitschaft und ihr längerfristiges Engagement die Basis für nachhaltige Hilfe. Aus freiwilligem Engagement sind Parteien und Verbände entstanden. Auch neue soziale Bewegungen leben in hohem Maß von beziehungsfähigen Personen, die bereit sind, sich für andere einzusetzen.

Die Beständigkeit dieses vielfältigen Engagements hängt entscheidend von materieller und ideeller Unterstützung und der öffentlichen Anerkennung ab. Es bedarf der besonderen Aufmerksamkeit der Gesellschaft, ein Klima der Beziehungs- und Bindungsfähigkeit zu erhalten und damit sozialen Zusammenhalt zu fördern und zu sichern.

UNTERWEGS MIT DEN MENSCHEN

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen sind gerufen, Menschen durch Verkündigung, Gottesdienst und Seelsorge zu begleiten. Sie wollen die Menschen in ihren verschiedenen Lebensabschnitten stärken und sie zu tragfähigen und dauerhaften Beziehungen und Bindungen ermutigen. (77)
- Die Kirchen laden in ihren Räumen zu Begegnung und Gemeinschaft ein. Sie wollen eine Kultur der Gastfreundschaft und der Toleranz pflegen. (78)
- Die Kirchen suchen angesichts der Realität des Scheiterns von Beziehungen nach Versöhnung aller Beteiligten. Sie ermutigen zum Austragen von Konflikten und dort, wo Schuld entstanden und Verletzung geschehen ist, zur Vergebung. (79)
- Physische und psychische Gewalt in der Partnerschaft, gegen Frauen, Kinder und gegen ältere Menschen verletzt die Menschenwürde. Die Kirchen sprechen sich klar gegen jede Form der Gewalt aus, sie wollen Gewalt und Missbrauch in den eigenen Reihen selbstkritisch benennen und bekämpfen. (80)
- Die Kirchen bieten Räume für Schutz und Heilung, für die Aufarbeitung von Schuld und das Erlernen eines gewaltfreien Umgangs. (81)
- Die Kirchen stellen sich nach ihrer je eigenen Tradition der Auseinandersetzung um die unterschiedlichen in der Gesellschaft gelebten Lebensmodelle und setzen sie in eine respektvolle Beziehung zueinander, um Ausgrenzung zu überwinden. (82)
- Die Kirchen mühen sich in vielfältiger Weise um die Integration von Menschen am Rand der Gesellschaft. Sie stellen sich an die Seite von Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen, von Arbeitslosen und Obdachlosen. Suchtkranken, Gefangenen und Haftentlassenen wollen sie den Weg in die Gesellschaft ebnen. (83)

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

- Die Kirchen erkennen den Reichtum unterschiedlicher Kulturen und Religionen. Sie wollen sich den zunehmenden Herausforderungen stellen und ihren Beitrag zur Integration und einem friedlichen Zusammenleben in der Gesellschaft leisten. (84)

FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Aufgaben für die Gesellschaft

- Gesellschaft und Staat sind verpflichtet, den Menschenrechten und der Menschenwürde entsprechend, die Lebensrealität aller und jedes Einzelnen anzuerkennen und zu respektieren. (85)

- Eine entsprechende Familien- und Sozialpolitik soll jene verlässlichen materiellen Rahmenbedingungen garantieren, die für stabile Beziehungen notwendig sind. (86)

- Eine entsprechende Lohn- und Einkommenspolitik, verbunden mit arbeitsrechtlichen Regelungen müssen daraufhin ausgerichtet werden, die bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten zwischen Frauen und Männern gerechter verteilbar zu machen und die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu verbessern. (87)

- Der freie Sonntag als Chance für Ruhe und Feiern, für die Pflege sozialer Kontakte und für religiöse Feste ist zu schützen. (88)

- Solidarität zeigt sich auch im Engagement für andere Menschen und gesellschaftliche Anliegen. Dieses verdient immer Anerkennung und Wertschätzung. Dauerhaftes Engagement, etwa in gemeinnützigen Einrichtungen, bedarf darüber hinaus entsprechender rechtlicher und materieller Absicherung. (89)

- Entscheidungen in Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit sind vor allem die Auswirkungen auf zwischenmenschliche Beziehungen und sozialen Zusammenhalt zugrunde zu legen, anstatt sie vorrangig nach Einzelinteressen auszurichten. (90)

4 LEBENSÄÄUME: WANDEL UND GESTALTUNG

Lebensräume

Altes Testament

Er führte mich hinaus ins Weite,
er befreite mich, denn er hatte an mir Gefallen. (Psalm 18,20)

Neues Testament

Seht, die Wohnung Gottes unter den Menschen! Er wird in ihrer Mitte wohnen, und sie werden sein Volk sein; und er, Gott, wird bei ihnen sein. (Offenbarung 21,3)

LAND - STADT - EUROPA

(91) Die dynamische Entwicklung der Weltwirtschaft und der Einigungsprozess Europas haben auch vor unseren konkreten Lebensumfeldern nicht Halt gemacht und haben den ländlichen Raum, die Städte, Ballungsgebiete und Regionen auf vielfältige Weise geprägt. Die einzelnen Lebensräume sind eng miteinander verflochten und beeinflussen einander wechselseitig.

LÄNDLICHER RAUM

EIN ATTRAKTIVER LEBENSRAUM

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

(92) Die Nähe zur Natur, eine gepflegte Naturlandschaft lässt den ländlichen Raum Österreichs besonders für Menschen aus der Stadt attraktiv erscheinen.

Ländliche Räume sichern die Versorgung mit naturnah produzierten Lebensmitteln und sorgen für den Schutz wertvoller Ressourcen der Natur wie Boden, Wasser und die Vielfalt einheimischer Pflanzen und Tiere. Im Sozialbericht wird darauf hingewiesen, dass der ländliche Raum zum Testfall wird, wie ernst es eine Gesellschaft mit Umwelterhaltung und Lebensqualität für alle Menschen nimmt.

Die Schönheit der offenen Landschaft lädt ein zur Erholung und zur Regeneration und ermöglicht Natur- und Umwelterfahrung für die Menschen aus der Stadt. Mit seinen Erholungsangeboten ist der ländliche Raum ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Österreich. Dazu zeichnen sich Landgemeinden noch immer durch vielfältige Formen der Kooperation aus. Nachbarschaftshilfe und ein reiches Vereinsleben bereichern den Alltag. Die traditionelle Dorfstruktur wird pluraler, Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit verschiedenen Lebensstilen treffen mit der ortsansässigen Bevölkerung zusammen.

(93) Auf der anderen Seite sehen sich die Menschen mit einer Ausdünnung der Infrastruktur wie Schulen oder Kaufhäuser konfrontiert.

Dazu kommt der Mangel an Ärzten und medizinischen Einrichtungen. Öffentliche Dienstleistungen wie Verkehr und Post werden reduziert, Nahversorger und Gewerbebetriebe wandern ab. Bauern finden keinen Hofübernehmer, land- und forstwirtschaftliche Betriebe konzentrieren sich in größeren Einheiten.

Die Nichtbesetzung von Pfarren verstärkt dieses Gefühl der Ausdünnung. Die Ansiedlung von Städtern mit Wochenend- und Urlaubsdomizilen verändert die Struktur vieler ländlicher Gemeinden grundlegend.

HERAUSFORDERUNGEN UND WANDEL

Europäische Landwirtschaft

(94) Der europäische Reformprozess hat Eckpunkte für die Entwicklung der Landwirtschaft festgelegt. Neben der klassischen Aufgabe der Produktion von Nahrungsmitteln erfüllt die Landwirtschaft eine Reihe anderer Aufgaben: die Landschaft wird gepflegt, die Umwelt bewahrt, der Lebensraum erhalten. Das Ziel ist eine flächendeckende Bewirtschaftung, nicht nur Produktion bei besten Voraussetzungen des Klimas und des Bodens. Die Frage ist, wie die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft gesichert werden kann, in vorsichtiger Abwägung mit den Interessen der Länder des Südens.

Es genügt nicht, wenn einige wenige Großbetriebe die Nahrungsmittelproduktion sichern. Ohne bäuerliche Betriebe gibt es keine Kulturlandschaft. Darunter würde nicht nur der Fremdenverkehr leiden, sondern auch Handel und Gewerbe, und nicht zuletzt die Bevölkerung selbst.

Für ein ökologisch-soziales Leitbild

(95) Ökosoziale Agrarpolitik bedeutet die Gleichwertigkeit wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Ziele in der Landwirtschaft. Trotz mancher Nachteile bieten die ländlichen Regionen in Österreich auch Lebenschancen und Zukunftsperspektiven. In einigen Regionen ist eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung gelungen, indem regionale Stärken in sinnvoller Symbiose und Vernetzung für eine eigenständige Regionalentwicklung genutzt wurden. Solche Projekte werden auch von der Europäischen Union unterstützt.

Manche der ökologisch erzeugten Produkte konnten mit eigener Marke auf den Markt vordringen und dort mit dem Produkt auch ihre Region bekannt machen. Darüber hinaus haben in Österreich biologisch erzeugte Lebensmittel einen immer größeren Stellenwert. Ökologische Landwirtschaft ist mit intensivem Arbeitseinsatz verbunden, der der Qualität der Lebensmittel zugute kommt. Die Frage ist, inwieweit damit ein angemessener Preis zu erzielen ist, der es den Bauern ermöglicht, von den Erträgen ihrer Arbeit zu leben.

Frauen in der Landwirtschaft

(96) Viele bäuerliche Betriebe können nur mehr im Nebenerwerb geführt werden. Während die Männer oft auspendeln, sind es die Frauen, die den größten Teil der Arbeit auf dem Hof übernehmen.

Mit der oft wichtigen zusätzlichen Einkommensquelle von Zimmervermietung oder „Urlaub am Bauernhof“ sind ebenfalls die Frauen gefordert, denen darüber hinaus die traditionelle Familienaufgabe der Pflege von Alten, Kranken und Kindern zufällt.

Die traditionelle Rollenerwartung macht es den Frauen nicht leicht, Initiativen zu ergreifen und Änderungen anzustreben.

So ist es nicht verwunderlich, wenn es für Jungbauern immer schwerer wird, eine Partnerin zu finden.

Verschämte Armut

(97) Armut ist im ländlichen Bereich keine Seltenheit, auch wenn sie kaum offen gezeigt wird. Der Mangel erreichbarer Arbeitsplätze, niedrige Einkommen von Kleinbauern und landwirtschaftlichen Hilfskräften, der Versuch, unrentable Betriebe möglichst lange am Leben zu erhalten, und die Scham, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, führen zu verdeckter Armut.

Die Attraktivität des Landes

(98) Unterstützt durch Regionalpolitik und Wohnbauförderung haben sich viele ländliche Regionen als attraktiver Wohnstandort für Familien behauptet. Damit konnte zwar in manchen Fällen die Tendenz zur Abwanderung gestoppt werden, die Kehrseite ist allerdings das zum Teil sehr weite Auspendeln zu Arbeitsplätzen und Schulen.

Erforderlich ist eine integrative Regionalpolitik, die eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungsstrategie verbindet mit einer nachhaltigen Form von Landwirtschaft, mit eigenen regionalen Schwerpunkten.

Spannungsreiches Miteinander

(99) Wo traditionell geprägte Lebensweise mit den Forderungen und Bedürfnissen der neu Hinzugezogenen aufeinandertreffen, kann es zu Spannungen kommen, die das Zusammenleben in den Gemeinden belasten.

In den Familien selbst entstehen Generationenkonflikte, die auf Grund von Sprachlosigkeit oder Gesprächsverweigerung nur schwer ausgetragen werden können.

Brücken zu schlagen zwischen Alt und Neu, zwischen Jung und Alt und darüber hinaus zu Minderheiten oder Zuwanderfamilien, ist eine besonders schwierige Aufgabe und Herausforderung für all jene, denen das Zusammenleben in der Gemeinde wichtig ist.

Präsenz der Kirchen

(100) Der soziale Zusammenhalt ist engagierten Mitgliedern der Kirchengemeinden ein wichtiges Anliegen. So ist das kirchliche Leben eng verwoben mit dem übrigen Vereinsleben. Auch dort, wo Pfarrstellen nicht mehr besetzt sind, entwickelt sich oft ein besonders intensives Gemeindeleben als Ausdruck gemeinschaftlicher Verantwortung der Christinnen und Christen.

MIT DEN MENSCHEN LEBEN

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen unterstützen in ihrem eigenen Bereich die Suche nach neuen Formen von Gemeindeleben und Gemeindeleitung. (101)

- Die Kirchen bemühen sich, in ihrer Glaubensverkündigung auf die konkreten Probleme und Lebenssituationen der Menschen einzugehen, Orientierung und Halt zu geben. Sie nehmen die Menschen in ihren sozialen Problemen und Nöten ernst, begleiten sie und bieten Orte des Gesprächs und der Versöhnung an. (102)

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

- Die Kirchen bieten Räume der Begegnung und der Bildung für die unterschiedlichen Bedürfnisse der ländlichen Gemeinden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird der Situation junger Menschen gelten. (103)
- Die kirchlichen Gemeinden beteiligen sich aktiv an lokalen und regionalen Initiativen zur Gestaltung und Entwicklung des ländlichen Lebensraumes. (104)
- Die Kirchen stützen das „kulturelle Grundgerüst“ des ländlichen Raums, vor allem durch die Feier des Sonntags, der kirchlichen Feste und des religiösen Brauchtums. Sie sind bereit, die dafür notwendigen personellen und materiellen Ressourcen bereit zu stellen. (105)

FÜR REGIONALE ENTWICKLUNGSKONZEPTE

Aufgaben für die Gesellschaft

- Die Kirchen treten ein für eine der Agenda 21 entsprechende Politik auf regionaler, nationaler und EU-Ebene, um die Eigenverantwortung und Mitgestaltung der Regionen und Gemeinden zu stärken. (106)
- Die Kirchen unterstützen Programme zur ländlichen Entwicklung, die Lebensmittelproduktion, Nahversorgung und Dienstleistungen mit der Rücksicht auf bäuerliche Lebensbedingungen verbinden. (107)
- Eine zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raumes erfordert die Ansiedlung und Förderung von Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben und eine entsprechende Infrastruktur. (108)
- Die Kirchen erwarten eine bessere Förderung von Bildung und Weiterbildung in den ländlichen Regionen, um sowohl den Anforderungen einer modernen Landwirtschaft gerecht zu werden, als auch Voraussetzungen für die lokale Entwicklung neuer Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe zu schaffen. (109)
- Die Kirchen fordern von Konsumenten und Konsumentinnen die Bereitschaft, für die Qualität von Lebensmitteln und Produkten aus dem ländlichen Raum gerechte Preise zu bezahlen. (110)
- Die Kirchen treten ein für Förderprogramme für Frauen, die den speziellen Bedingungen des ländlichen Raumes gerecht werden. (111)

STADT

BRENNPUNKT DES WANDELS

(112) In den Städten bündeln sich die Chancen und Risiken des gesellschaftlichen Wandels, der wirtschaftlichen Dynamik und der zunehmenden internationalen Verflechtung. Selbstbestimmter Lebensstil, Vielfalt der Optionen, Schnelligkeit und die Möglichkeit, Grenzen zu überschreiten, prägen städtisches Leben. Der Drang zur öffentlichen Darstellung geht Hand in Hand mit der Sehnsucht nach Geborgenheit.

Stadt ist Vielfalt. Sie ist Schnittpunkt von unterschiedlichsten Interessen, Meinungen, Moden, Stilen und Strömungen. Die Stadt ist der Ort der Avantgarde: künstlerisch und kulturell, wissenschaftlich, technologisch und medial.

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Die Stadt war immer der Ort der Freiheit - und der Toleranz. Urbane Kultur ist der kulturellen Vielfalt und Offenheit verpflichtet.

LEBENSRAUM STADT

(113) Voraussetzung für eine lebendige Stadt ist nicht nur ihre wirtschaftliche und kulturelle Dynamik, sondern vor allem ein funktionierendes Miteinander ihrer Bürger und Bürgerinnen, das der Isolierung Einzelner und der Ausgrenzung von ganzen Stadtteilen entgegenwirkt. Ein vielfältiges Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebot, eine gute Infrastruktur und ein wohnliches Umfeld können unsere Städte für junge und alte Menschen attraktiv und lebenswert machen.

Städte enden nicht mehr an Stadtmauern. Sie dringen ins Umland vor. Einkaufszentren entstehen an den Rändern. Städter wohnen draußen auf dem Land, Bewohner anderer Gemeinden pendeln ein. Städte werden zu Zentren regionaler Netzwerke.

Die alten Städte sind für die modernen Anforderungen nicht gebaut. Es gibt Probleme mit Verkehr, Emissionen und Lärm. Es gibt Spannungen zwischen der Innenstadt und den Großmärkten an der Peripherie, mit der Gefahr einer Verödung der Zentren. Es gilt eine schwierige Balance zwischen dem öffentlichen und dem privaten Verkehr herzustellen.

Armut und Reichtum

(114) Seit jeher war in den Städten der Unterschied zwischen Armen und Reichen besonders groß. Bei den neuen Formen sozialer Ungleichheit geht es um Ausgrenzung in einem weiteren Sinn: Durch erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Nutzung sozialstaatlicher Einrichtungen wird auch der Zugang zu kulturellen Gütern behindert. Dazu wird ständig vor Augen geführt, was die Stadt an Glanz und Reichtum zu bieten hat, wie Menschen leben, denen alles zur Verfügung steht.

Für manche führt die erfahrene Benachteiligung zum Verlust von Selbstwertgefühl und in die Isolation. Außerdem können sich geschlossene Milieus bilden, die nur mehr mit großen Schwierigkeiten zum gemeinsamen gesellschaftlichen Leben hin geöffnet werden können.

Kinder, Frauen, alte Menschen

(115) Die Stadt ist gebaut für schnelle, aktive Menschen. Der langsamere Rhythmus von Kindern oder älteren Menschen ist störend und bringt sie selbst in Gefahr. Rollstuhlfahrer und Frauen mit Kinderwagen müssen oft mühevoll Umwege auf sich nehmen. Der Einbau von Rampen, stufenfreie Verkehrsmittel und Aufzüge können vielen den Alltag erleichtern. Für Frauen ist auch Sicherheit ein wichtiges Thema.

Jugendliche in der Stadt

(116) Für junge Menschen bietet die Stadt besondere Chancen. Doch einen passenden Arbeitsplatz und die erforderlichen Ausbildungsmöglichkeiten zu finden, braucht auch entsprechende Hilfestellungen.

Jugendliche der zweiten Generation, deren Eltern aus anderen Ländern auf der Suche nach Arbeit oder Sicherheit nach Österreich gekommen sind, sind davon besonders betroffen. Sie unterliegen strukturellen und praktischen Diskriminierungen und brauchen entsprechende Unterstützung.

Zuwanderer

(117) Häufig konzentrieren sich Zuwanderer in bestimmten Wohnvierteln. Es entstehen Inseln, die von einer mehr oder weniger homogenen Volksgruppe mit anderer Muttersprache und Kultur dominiert sind. Diese Wohnviertel können eine erfreuliche, „bunte“ Erscheinung der Stadt sein, wenn sie nicht als Fremdkörper betrachtet werden. Es bedarf jedoch besonderer Anstrengungen der städtischen Wohn-, Verkehrs- und Schulpolitik, um zu verhindern, dass daraus Ghettos entstehen.

Eine besondere Herausforderung liegt darin, den Frauen aus Immigrationsgruppen einen Weg aus Isolation und Ausgrenzung zu ermöglichen.

Wohnungslosigkeit

(118) Ursachen für Wohnungslosigkeit sind Scheidung, Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und Verschuldung, prekäre Familiensituation oder auch psychische Probleme. Besonders betroffen sind Asylwerber und Migranten.

Wohnungslose Menschen brauchen ambulante Betreuung, Unterkunft in Notschlafstellen oder Heimen. Sie benötigen Beratung, Unterstützung bei Inanspruchnahme sozialer Leistungen, zur Schuldenregulierung und bei der Lösung sonstiger persönlicher Probleme. Um Wohnungslosigkeit zu vermeiden, müssen entsprechende Einrichtungen, die bereits im Stadium drohenden Wohnungsverlustes Hilfe anbieten, bundesweit zur Verfügung stehen.

Soziale Infrastruktur

(119) Vieles, was in kleinen Gemeinden oder im ländlichen Bereich durch familiäre oder nachbarschaftliche Hilfe geregelt werden kann, muss in der Stadt durch verschiedene Sozialeinrichtungen organisiert werden. Ein gutes Wohnungsangebot, Nahversorger für Lebensmittel, Kinderbetreuungseinrichtungen, Erreichbarkeit von Schulen und medizinischer Versorgung sind für das Leben in der Stadt von großer Bedeutung.

Öffentliche Räume mitbestimmen

(120) Das Leben in den Stadtteilen ist geprägt durch Verkehrsverbindungen und die Gestaltung öffentlicher Räume, die wesentlichen Einfluss auf das Miteinander und das Lebensgefühl der Bürgerinnen und Bürger haben. Deshalb ist es wichtig, dass Entscheidungen über deren Gestaltung mit entsprechender Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger geplant werden. Stadtteilarbeit, Gemeinwesenarbeit sollten dafür kommunikative Räume schaffen.

Mitbestimmung ermöglicht ein Gesprächsklima zwischen Bürgerinnen und Bürgern eines Wohngebietes, das - über den konkreten Anlass hinaus - das Verständnis füreinander und das Zusammenleben erleichtern kann.

Städtisches Christentum

(121) In der Stadt ist die Auflösung der engen Verflechtung von Glaube und Alltagsleben unübersehbar. Religion ist zur Privatsache geworden. In der Freiheit der Stadt verschwinden die Reste traditioneller Religiosität - oder sie werden zur Folklore. Christliches Leben in der Stadt bedeutet bewusste Entscheidung für die Teilnahme am Leben einer Gemeinde oder religiösen Gruppe und für eine religiöse Lebensführung. Dabei stellt sich die Herausforderung durch ein religiös gleichgültiges Umfeld wie durch die Präsenz anderer Religionen.

KIRCHEN IN DER STADT

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen wollen phantasievolle pastorale Ansätze entwickeln und auf die Menschen zugehen. Die Verkündigung in der Stadt muss experimentell sein und Spielräume für kirchliches Leben eröffnen. (122)

- Durch regelmäßige Feier der Gottesdienste wollen die Kirchen einen Ort anbieten, an dem sich Menschen, woher sie auch kommen, als Gemeinde Jesu Christi erfahren. (123)

- Kirchen eröffnen inmitten des Lärms und der Hektik Räume der Stille und Sammlung, der Geborgenheit und der Begegnung mit Gott. Dafür sollen die Kirchen offen stehen. (124)

- Kirchengemeinden und religiöse Gruppen müssen sich die Sorgen der in der Stadt lebenden Menschen zu eigen machen und ihnen ihre Dienste anbieten. (125)

- Die Kirchen stellen Räume für Wohnungslose und unterschiedliche Hilfen für Menschen, die auf der Straße leben, zur Verfügung. (126)

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

- In Projekten der Stadtteilarbeit werden sich die Kirchen an der Gestaltung der Stadt als Lebensraum beteiligen. (127)

- Das Bild unserer Städte wird durch Kirchen und kirchliche Gebäude geprägt, die um ihres kulturellen Wertes willen von Touristen aufgesucht werden. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des religiösen und kulturellen Erbes und bedürfen der Pflege und Betreuung. (128)

MITEINANDER IN DER STADT

Aufgaben für die Gesellschaft

- Die Kirchen erwarten von der Kommunalpolitik, die städtische Infrastruktur den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger laufend anzupassen. (129)

- Die Kirchen unterstützen mit ihren eigenen Möglichkeiten die Bemühungen, ein Netz sozialer Dienste für alle bereitzustellen. (130)

- Die Kirchen treten ein für durchmischte städtische Lebensräume und für Verkehrs- und Kommunikationsnetze, die sozialen Zusammenhalt ermöglichen. (131)

- Besondere Aufmerksamkeit im Lebensraum Stadt muss der Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen für Jugendliche gelten. (132)

- Für die Entwicklung menschengerechter Städte bedarf es offener, kreativer Formen der Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen. (133)

EUROPA UND REGIONEN

EUROPA IM UMBRUCH

(134) Die Europäische Union steht mit der schrittweisen Erweiterung auf 27 und mehr Mitglieder noch in diesem Jahrzehnt, der Erarbeitung eines Verfassungsvertrags und der Neuordnung ihrer Strukturen vor der größten Herausforderung seit ihrer Gründung vor mehr als 50 Jahren. Diese Entwicklung, die weit über den Rahmen einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft hinausgeht, wird die gesellschaftliche und politische Zukunft Europas wesentlich prägen und weltweite Veränderungen beeinflussen.

(135) Parallel zur Entwicklung des größeren Europa nimmt auch das Bewusstsein der Menschen für ihre nationale Zugehörigkeit und regionale Besonderheiten wieder zu. Die Beheimatung in den eigenen Lebensräumen und Regionen wird durch die Dynamik der Integration als bedroht angesehen. Die Vielfalt Europas ist aber zugleich Grundlage für eine wachsende gesamteuropäische Identität.

Belastete Geschichte

(136) Das Zusammenwachsen der Völker Europas wird durch die Last der Geschichte aber auch behindert. Die beiden Weltkriege haben in Europa tiefe Wunden geschlagen. Vorurteile, Angst, Feindschaft und Hass haben Bevölkerungen und Staaten gespalten. Der Nationalsozialismus hat mit seiner Rassenpolitik das europäische Judentum fast gänzlich vernichtet. Die Vertreibungen am Ende des Zweiten Weltkrieges und die Ära der kommunistischen Regime sind in ihren Folgen noch immer spürbar. Die unterschiedliche Entwicklung der europäischen Staaten durch die Trennung Europas in Ost und West ist noch längst nicht überwunden.

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Es braucht ein gemeinsames Aufarbeiten der Geschichte, Begegnungen über Grenzen hinweg und Eingeständnis von Schuld, um ein gemeinsames Europa der Zukunft zu bauen.

PROJEKT EUROPA

(137) Die wirtschaftliche Integration bildete die Basis des Friedensprojektes der Europäischen Union bei ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg als „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“. Bis heute stehen Wirtschaftsinteressen im Mittelpunkt europäischer Politik.

Ehrgeizige Wirtschaftsziele

(138) Die sogenannte „Lissabon-Strategie“ ist ein zentrales Element der EU-Politik für das Jahrzehnt 2001 - 2010. Um die EU in den „wettbewerbsfähigsten, dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum“ umzuformen, ist die Modernisierung des Europäischen Sozialmodells durch Bildung und lebenslanges Lernen vorgesehen. Damit verbunden soll die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung sozialer Integration eine Entwicklung ermöglichen, die auch ökologische Ziele einbezieht.

(139) Die EU setzt nicht nur Rahmenbedingungen zur Erreichung dieser Ziele, sondern beeinflusst mittels Verordnungen und Richtlinien die nationale und regionale Politik. Hier wirken europäische Prozesse bis in lokale Gegebenheiten hinein. Das europäische Friedens- und Wohlstandskonzept soll damit mehr und mehr Gestalt gewinnen.

Lebensqualität für alle

(140) Während Wettbewerbs-, Binnenmarkt-, Finanz- und Budgetpolitik die EU-Politik bestimmen, bleibt Sozialpolitik im wesentlichen Aufgabe der Nationalstaaten. Damit das Zusammenspiel von Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Demokratie auf das vorgegebene Ziel von „Lebensqualität für alle“ ausgerichtet bleibt, braucht es politische Beteiligung und allgemeinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, sozialen Diensten und zu Bildung. Nur so kann Ausgrenzung vermieden und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden.

(141) Diesen Zielen dient auch die rechtliche Anerkennung eines Sonderstatus von kirchlichen und nichtkirchlichen gemeinnützigen Einrichtungen. Sie dürfen nicht einfach dem EU-Wettbewerbsrecht unterliegen.

Gesellschaftliche Umbrüche

(142) Starke Veränderungen der europäischen Gesellschaft werden sich nicht zuletzt durch die demographische Entwicklung ergeben. In allen Ländern Europas steigt die Lebenserwartung als Folge des wirtschaftlichen und medizinischen Fortschritts. Gleichzeitig sind die Geburtenraten überall stark zurückgegangen. Dies bedeutet eine große Herausforderung für die Finanzierung der Sozialversicherungen, wie auch für die Gestaltung des Arbeitsmarktes.

Arbeitsmarkt und Migration

(143) Die Erwerbsarbeit wird von weiteren Rationalisierungsprozessen geprägt sein, Frauen werden in neue Berufsfelder eintreten, viele Europäerinnen und Europäer werden länger aktiv im Berufsleben bleiben. Dennoch wird es zusätzlicher Zuwanderung bedürfen. Europa braucht deshalb eine gezielte Einwanderungspolitik.

Asyl als Menschenrecht

(144) Die Gewährung von Asyl ist für Verfolgte ein Menschenrecht, dessen Einlösung in Europa noch lange nicht zufriedenstellend gelöst ist. So müssten unter anderem auch frauenspezifische Asylgründe anerkannt werden.

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Aber Europa wird - auch im eigenen Interesse - bereit sein müssen, Flüchtlingen aus aller Welt nicht nur Asyl zu gewähren, sondern Arbeits- und Integrationschancen zu bieten.

Vielfalt bereichert

(145) Unsere kulturellen Traditionen werden durch Menschen aus anderen Ländern nicht bedroht, sondern bereichert. Um Chancengleichheit zwischen allen Menschen, die in unseren Ländern leben, zu schaffen, braucht es eine Integrationspolitik, die die Bedürfnisse und Anliegen der aus dem Ausland stammenden Menschen und ihrer Familien mit einbezieht und ihre sozialen Rechte garantiert. Integration verlangt auch Teilhabe an demokratischen Rechten.

Auf dieser Basis sollte es möglich sein, eine Kultur der Gastfreundschaft und ein offenes Europa zu entwickeln, das für alle Beteiligten zur Bereicherung werden kann.

Christentum - eine Wurzel Europas

(146) Die Geschichte Europas ist geprägt vom Christentum, das in die Kultur Europas wesentliche Werte eingebracht hat. Dazu gehört die Überzeugung, dass jeder Mensch als Ebenbild Gottes Würde und Freiheit besitzt und in Zeiten der Not besondere Aufmerksamkeit verdient.

(147) Die Kirchen tragen aber auch Mitschuld an der Unrechts- und Leidensgeschichte Europas. Sie sind daher in besonderer Weise herausgefordert, die ihnen geschenkte Kraft zu Vergebung, Läuterung und Neubeginn in den Dienst der Einigung und Versöhnung Europas zu stellen.

DIE KIRCHEN WOLLEN BRÜCKEN BAUEN

Aufgaben für die Kirchen

- Es ist wichtiges Anliegen der Kirchen, Schritte zur Überwindung von Hass, zu Verständigung und Versöhnung zwischen einzelnen Menschen und Gruppen, aber auch über Ländergrenzen hinweg zu setzen. (148)
- Die Kirchen in Österreich nützen ihre vielfältigen Beziehungen zu den Ländern Mittel-, und Osteuropas, um die Erweiterung und die Integration in Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und kulturell zu fördern. (149)
- Kirchliche Einrichtungen sind aufgefordert, mit ihrem Beitrag zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in Mittel- und Osteuropa und durch ihre Kontakte zu Partnereinrichtungen den Einigungsprozess an der Basis zu fördern. (150)
- Die Kirchen nehmen auf vielfältige Weise eine Brückenfunktion zwischen unterschiedlichen Gruppen und Kulturen wahr. Dies betrifft alle Menschen, die dieses Europa bevölkern, dazu gehören auch alle Einwanderer. (151)
- Die Kirchen fördern Begegnung und kulturellen Austausch und empfehlen das Erlernen von Sprachen unserer Nachbarländer. (152)
- Die Kirchen sind überzeugt von der gleichen Würde aller Menschen und treten in ihrer Verkündigung und in ihren Werken gegen Rassismus und gegen jede Diskriminierung von Minderheiten ein. (153)

EUROPA - EINE HERAUSFORDERUNG

Aufgaben für die Gesellschaft

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

- Die ökonomische Integration Europas braucht soziale und politische Rahmenbedingungen. In einer EU-Verfassung sollen daher neben dem Grundrechtskatalog auch soziale Rechte verankert werden. (154)
- Die der Tradition der Sozialbewegungen entstammenden Leitideen von Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl müssen die Gesetzgebung bestimmen und in der konkreten Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. (155)
- Ergänzend zu den gewählten Entscheidungsgremien sollen im Sinne partizipativer Demokratie auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene Gruppen und Initiativen der Zivilgesellschaft durch Anhörungs- und Konsultationsverfahren besser in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. (156)
- Politiker und Politikerinnen sowie Journalisten und Journalistinnen sind besonders gefordert, sich aktiv für die Entwicklung eines differenzierten Europabewusstseins einzusetzen und so mitzuhelfen, Brücken zwischen den Menschen und Völkern Europas zu bauen. (157)
- Die Europäische Union bedarf gemeinsamer Regelungen im Bereich des Asylwesens, die dem Geist und dem Buchstaben der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention entsprechen. (158)
- Europa muss in eine konstruktive Auseinandersetzung mit den benachbarten islamisch geprägten Ländern eintreten, und die politischen Strategien auf eine aktive Entwicklungszusammenarbeit in der einen Welt ausrichten. (159)

5 ARBEIT - WIRTSCHAFT - SOZIALE SICHERHEIT

Altes Testament

Das ist ein Fasten, wie ich es liebe: die Fesseln des Unrechts zu lösen, die Stricke des Jochs zu entfernen,... an die Hungrigen dein Brot auszuteilen, die obdachlosen Armen ins Haus aufzunehmen. (Jesaja 58, 6-7)

Neues Testament

Es gab auch keinen unter ihnen, der Not litt. ... Jedem wurde so viel zugeteilt, wie er nötig hatte. (Apostelgeschichte 4, 34-35)

WIRTSCHAFTEN IM DIENSTE DER MENSCHEN

(160) Die Entwicklungen in Erwerbsarbeit und Wirtschaft stehen im Mittelpunkt des Sorgens und Hoffens der Menschen. Doch Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit, und wirtschaftliches Handeln geht weit über das hinaus, was in den Bilanzen kleiner und großer Unternehmen und in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Staaten aufscheint.

Was heute erwirtschaftet wird, hat viele Quellen: die Güter der Erde, die allen Menschen zur Nutzung anvertraut sind, die Arbeit, die Erfahrung und das erworbene Wissen vieler Generationen, in Betriebsanlagen und Infrastruktur investiertes Kapital, die unbezahlt geleistete Arbeit in den unterschiedlichsten Bereichen, von der Kindererziehung und Pflege bis hinein in die Wissenschaft, und schließlich die aktuell geleistete Erwerbsarbeit.

Diese Zusammenhänge zu sehen ist wichtig, wenn es um das Ziel allen Wirtschaftens und Arbeitens geht: gutes, menschenwürdiges Leben für alle Menschen dieser Erde.

ARBEIT

ARBEITSGESELLSCHAFT IM WANDEL

(161) Wer heute von Arbeit spricht, denkt in erster Linie an Erwerbsarbeit, obwohl es vielerlei andere Arbeit gibt. Erwerbsarbeit ist Arbeit für Geld, die Voraussetzung für ein Leben in der modernen Marktwirtschaft.

(162) Die Arbeitswelt, wie sie uns seit Jahrzehnten vertraut war, ist einem tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen, beschleunigt durch technische Entwicklungen und weltweite Verflechtungen. An die Stelle oft lebenslanger Beschäftigung im gleichen Beruf, beim selben Arbeitgeber treten neue, im Lauf eines Erwerbslebens wechselnde Jobs, neue Formen der Beschäftigung und der Zusammenarbeit, flexible Zeitstrukturen und die Forderung nach lebenslangem Lernen.

Was für die einen mit neuen Möglichkeiten für Eigeninitiative, Anerkennung und hohem Einkommen verbunden ist, mündet für andere in Überforderung, Einkommensverlust und Arbeitslosigkeit. Strukturelle Erwerbslosigkeit und Standortwettbewerb in einer globalisierten Wirtschaft verändern die Gesellschaft und damit die Situation der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

ARBEITEN, UM ZU LEBEN

(163) Erwerbsarbeit, das damit verbundene Einkommen und die daraus resultierende soziale Absicherung sind ein zentraler Schlüssel zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Deshalb wird im Sozialbericht gefordert, den Begriff Arbeit grundsätzlich neu zu überdenken und alle Formen der Arbeit gerechter zu teilen.

Einkommen, Selbstwert und Anerkennung

(164) Die Erwerbsarbeit ist prägender Teil der Identität einer Person. Durch die Erwerbsarbeit und die Höhe des daraus resultierenden Einkommens werden Menschen bewertet.

Arbeitslose und Menschen ohne Erwerbschance werden dadurch buchstäblich „wertlos“ gemacht. Wo Erwerbsarbeit schlecht bezahlt wird oder geringes Ansehen genießt, werden auch die Menschen abgewertet, die diese Arbeit ausüben.

Erwerbslosigkeit

(165) Deshalb ist Arbeitslosigkeit ein schweres Los. Wenn Jugendliche keine Chance bekommen, ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden, ist dies nicht nur eine Belastung für die jungen Menschen selbst, denen damit signalisiert wird, dass sie nicht gebraucht werden. Jugendarbeitslosigkeit ist darüber hinaus eine Hypothek auch für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft.

Wenn 40- und 50-Jährige keinen Arbeitsplatz bekommen, weil sie als zu alt eingestuft werden, während gefordert wird, alle sollten länger arbeiten, werden gesellschaftliche Widersprüche deutlich, die nicht einfach mit dem Verweis auf die Eigenverantwortung gelöst werden können.

Männerarbeit - Frauenarbeit

(166) Die Organisation von Erwerbsarbeit ist immer noch sehr stark geprägt vom männlichen, vollzeitbeschäftigten Arbeiter oder Angestellten. Die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen - und mehr und mehr auch Männern - werden dabei zu wenig zur Kenntnis genommen. Die Notwendigkeit und Gleichzeitigkeit von unterschiedlichen Arbeitsbereichen, von Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit, Eigenarbeit, ehrenamtlichen und gesellschaftlichem Engagement muss dazu führen, bezahlte und unbezahlte Arbeit neu zu definieren und neu zu organisieren.

(167) Viele Arbeiten, die gesellschaftlich unverzichtbar sind, werden unbezahlt geleistet, und zwar überwiegend von Frauen: Pflege, Betreuung oder Erziehung in den Familien und Haushalten werden allenfalls indirekt bewertet. Auch diese Arbeit kann Anerkennung und

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Selbstwert vermitteln. Das Engagement vieler Frauen für ihre Familien und in unbezahlter Arbeit für andere ist aber auch der wesentlichste Grund für die Armut von Frauen. Im Alter haben viele Frauen keine, keine genügende oder keine eigene Pension und sind dadurch von anderen abhängig.

Armut trotz Erwerbsarbeit

(168) Neue Formen der Erwerbsarbeit, sogenannte „atypische Beschäftigungsverhältnisse“, nehmen an Bedeutung zu. Gefragt ist Flexibilität, die durchaus im Interesse der Beschäftigten sein kann, aber auch der Einsparung von Kosten für die Betriebe dient.

Wo diese Flexibilisierung sich in Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung, in flexiblen Arbeitszeiten, Werkverträgen oder Schein-Selbständigkeit äußert, ist es schwer, ausreichendes Einkommen zu erzielen. Nur teilweise oder gar nicht sozialversicherungsrechtlich abgesichert, vermitteln diese Arbeitsverhältnisse auch nur lückenhafte Ansprüche auf Leistungen aus der Sozialversicherung. Die Zahl jener Menschen, die einen oder sogar mehrere Arbeitsplätze haben und trotzdem nicht davon leben können, nimmt zu („working poor“).

Frauen sind auf Grund der Übernahme familiärer Aufgaben oft auf Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung angewiesen, die meist nur in den Niedriglohnbranchen zu finden ist. So können vor allem Alleinerzieherinnen sehr rasch in Armut geraten.

Armut und Migration

(169) Das Fehlen einer überlegten Einwanderungspolitik hat zur Folge, dass Migrantinnen und Migranten als billige Arbeitskräfte betrachtet werden. Saisonarbeits-Modelle behandeln Menschen wie eine Sache, die man beliebig einsetzen und austauschen kann.

Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten und in Österreich Schutz suchen, wird in der Regel das Recht auf Erwerbsarbeit verwehrt. Flüchtlinge, deren Asylverfahren läuft und die in Österreich leben, sollten nach einem gewissen Zeitraum einen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

Gute Arbeit

(170) Da Erwerbsarbeit Identität schafft und ein wichtiger Teil des Lebens ist, gewinnen Qualitätskriterien besondere Bedeutung. Dazu gehören Fragen wie Gesundheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zumutbare Arbeitszeiten, realistische Mobilitätserfordernisse. Die Zahl der kranken und „ausgebrannten“ Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die steigende Problematik von Mobbing und Suchtverhalten sind Warnsignale.

Gute Arbeit gewährt ein angemessenes Einkommen, respektiert menschliche Fähigkeiten und die Menschenwürde und bezieht sowohl das Produkt wie die Belange der Umwelt als Kriterien ein.

(171) Von besonderer Bedeutung ist der freie Sonntag als ein wertvolles Gut der ganzen Gesellschaft, für dessen Erhalt sich die Kirchen gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Kräften einsetzen.

Dienste, die für das Wohl aller unverzichtbar sind, müssen auch an Sonn- und Feiertagen geleistet werden. Jene Menschen, die dies für die anderen auf sich nehmen, verdienen besonderen Respekt.

(172) Arbeit ist Mitarbeit in und an der Schöpfung Gottes. Wenn aber Arbeit Menschen ausbeutet, das Leben und die Natur nicht achtet, ist sie mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar.

Arbeit weltweit

(173) Arbeit, die genug Einkommen zum Leben und soziale Sicherheit bietet, ist bei globaler

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Betrachtung die Ausnahme. In vielen Ländern der Erde ist Arbeitslosigkeit weit verbreitet. Einkommen aus dem informellen Sektor, die kaum zur Deckung der notwendigsten Bedürfnisse reichen, sind die Regel.

In den Sonderwirtschaftszonen in den armen Ländern des Südens oder in den Transformationsländern werden vor allem Frauen meist zu absoluten Niedrigstlöhnen beschäftigt, oft ohne jede Form sozial- oder arbeitsrechtlicher Absicherung.

Viele Menschen in den Entwicklungsländern arbeiten in der Landwirtschaft und im Bergbau für die Konsumgesellschaft der reichen Länder. Dabei werden auch Kinder eingesetzt, die ihre Gesundheit schädigen, vom Schulbesuch abgehalten werden und jede Chance auf eine bessere Zukunft verlieren. Kinderarbeit schädigt auch die Gesellschaft, der die für ihre Entwicklung notwendigen, gut ausgebildeten zukünftigen Arbeitskräfte fehlen. Das weltweit gültige Verbot der Kinderarbeit ist schwer durchsetzbar, wenn Eltern ihre Kinder mit ihrer Arbeit nicht ernähren können.

(174) Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bemüht sich um die Durchsetzung von Mindeststandards für Arbeiterinnen und Arbeiter in allen Ländern der Welt. Das Ziel sind Rahmenabkommen zwischen multinationalen Unternehmensgruppen und weltweit organisierten Arbeitnehmervertretungen als Grundlage für weltweite Mindeststandards im Bereich der Erwerbsarbeit.

Recht auf Arbeit und Einkommen

(175) Aus den vielen Erfahrungen mit Arbeitslosen wissen die Kirchen, dass die meisten Menschen arbeiten wollen und dringend nach einer Arbeit suchen, die ihnen Einkommen, Selbstwert und soziale Sicherheit vermittelt.

Es ist Aufgabe des Staates, durch eine entsprechende Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik die Voraussetzungen für ein ausreichendes Angebot von Arbeitsplätzen zu schaffen.

Darüber hinaus braucht es Weiterbildungsangebote und eine den Lebensbedarf abdeckende Existenzsicherung in der Zeit der Erwerbslosigkeit, um das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit zu verwirklichen.

(176) Jeder Mensch hat Würde - unabhängig von Erwerbsarbeit und Leistung. Darum bedarf es einer gerechten Verteilung von gesellschaftlicher Arbeit und gesellschaftlichem Einkommen.

Arbeiten zum Erhalt der Schöpfung, pflegende, vorsorgende, regenerierende Tätigkeiten sind unverzichtbar und demgemäß zu bewerten und existentiell abzusichern.

In diesem Zusammenhang wurde in vielen Einsendungen zum Sozialbericht die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung oder eines allgemeinen Grundeinkommens zur Diskussion gestellt.

MENSCHENGERECHTE ARBEIT

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen entwickeln qualitative Kriterien für Arbeit als Dienst in der Schöpfung. Sie unterstützen die Anliegen der Kampagne für „Gute Arbeit“. (177)

- Die Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften bemühen sich in ihren Organisationen und Betrieben um menschengerechte Arbeitsbedingungen, Einkommensgerechtigkeit und Mitbestimmung der Beschäftigten. (178)

- Die Kirchen setzen verstärkt Initiativen für familienfreundliche Arbeitszeiten und für neue Formen des Teilens von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern. (179)

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

- Die Kirchen fördern Arbeitslosen-Stiftungen und Projekte zur Integration von arbeitslosen Menschen. (180)

- Die Kirchen unterstützen Programme für Sabbatzeiten, zur Orientierung beim Wechsel von Tätigkeiten, bei notwendigen Kündigungen und beim Eintritt ins Pensionsalter. (181)

FÜR EINE AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

Aufgaben für die Gesellschaft

- Die Kirchen erwarten von den politisch Verantwortlichen, ihre Arbeitsmarktpolitik auf den Erhalt und die Neuschaffung guter, menschengerechter, gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze auszurichten. Besonderes Augenmerk ist dabei auf Arbeitsplätze für junge Menschen zu richten. (182)

- Die Kirchen treten für einen Zugang aller dauerhaft in Österreich lebenden Menschen zum Arbeitsmarkt ein. (183)

- Die Kirchen unterstützen alle Bemühungen, Frauen am Arbeitsmarkt dieselben Chancen einzuräumen wie Männern. Sie treten ein für gleiche Bezahlung gleichwertiger Arbeit. Gleichzeitig unterstützen sie Bemühungen, bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männern gerechter zu teilen. (184)

- Die Kirchen fordern die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Schulung und Integration arbeitsloser Menschen in das Erwerbsleben. Dabei erwarten sie einen respektvollen und den jeweiligen Fähigkeiten entsprechenden Umgang mit den Arbeitsuchenden. (185)

- Die Kirchen setzen sich ein für die Sicherung von Zeitwohlstand in Form gemeinsamer freier Zeiten. Dies bedingt auch die Beibehaltung des arbeitsfreien Sonntags, als wesentliches Element gesellschaftlicher Lebensqualität. (186)

WIRTSCHAFT

MENSCHENGERECHT WIRTSCHAFTEN

(187) Wirtschaft ist auf menschliches Leben ausgerichtet. Das bedeutet: Wirtschaft muss nicht nur sachgerecht, sondern auch menschen- und gesellschaftsgerecht sein und die Belange zukünftiger Generationen und der Umwelt mit einbeziehen.

Die Erfüllung dieser Anforderungen ist keineswegs selbstverständlich, wenn der Mensch primär als Produktionsfaktor gesehen und den Gesetzen des freien Marktes nach den Regeln einer globalen Wirtschaft unterworfen wird.

Ökonomisches Handeln im ursprünglichen Sinn bedeutet, mit möglichst wenig Aufwand ein möglichst gutes Ergebnis zu erzielen. Dazu gehört ein schonender, sparsamer Umgang mit Ressourcen, auch solcher, die (noch) nicht in Geldwert berechnet werden, wie etwa der Verbrauch sauberer Luft oder die Verunreinigung von Grundwasser.

Wird wirtschaftliche Effizienz ausschließlich an der Erzielung möglichst hoher Gewinne bemessen, bleiben diese Zusammenhänge unberücksichtigt.

Marktwirtschaft bedarf sozialer und ökologischer Rahmenbedingungen, damit sie dem Leben dient und auf Dauer erfolgreich ist.

Verschiedene Wirtschaftsweisen

(188) Marktwirtschaftliche Kriterien werden mehr und mehr auf jene Bereiche des Wirtschaftens übertragen, die bisher nicht über den Markt organisiert waren. So werden

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

gemeinwirtschaftliche Unternehmungen nach marktwirtschaftlichen Kriterien beurteilt, obwohl sie auch Leistungen erbringen müssen, die nicht marktfähig sind.

(189) Gemeinnützige Wohlfahrtseinrichtungen müssen sich der Konkurrenz gewinnorientierter Betriebe stellen, für die die Versorgung ärmerer Pflege- und Hilfsbedürftigen nicht im Vordergrund steht.

Was am Markt nicht bezahlbar ist, wird Wohlfahrtseinrichtungen und dem Haushaltssektor - und damit in der Regel der unbezahlten Arbeit der Frauen - überlassen.

WIRTSCHAFT IST MEHR ALS MARKT

(190) So wie nicht allein Erwerbsarbeit Arbeit ist, so ist auch Wirtschaft mehr als das, was in Geld bewertet und nach den Kriterien des Marktes organisiert wird. Wirtschaftsleistungen werden auch in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, im Gesundheits- oder Justizwesen erbracht. Leistungen der privaten Haushalte wie Erziehung der Kinder oder Pflege kranker und alter Menschen haben wirtschaftlichen Wert, auch wenn sie nicht bezahlt werden. Soziale Dienste von Wohlfahrtsverbänden oder Kulturinitiativen haben wirtschaftliche Bedeutung. Diese gemeinwohl-orientierten Bereiche der Wirtschaft sind Voraussetzung für das Funktionieren der formellen Wirtschaft. Sie machen ein „Leben in Würde“ und eine gute Versorgung für alle erst möglich.

Auch Tauschkreise, Fahrgemeinschaften und ähnliche Formen nicht-monetärer Unterstützung auf der Basis von Gegenseitigkeit schonen nicht nur Ressourcen, sondern erleichtern und bereichern das Leben der Beteiligten.

Markt und sozialer Ausgleich

(191) Wo der Markt sich selbst überlassen bleibt, entsteht Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und Beteiligungschancen. Aufgabe der Politik ist es, durch Bereitstellung einer allen zugänglichen Infrastruktur, durch eine ausgleichende Steuer- und Sozialpolitik, durch rechtliche Regelung von Arbeit und Wirtschaft dafür zu sorgen, dass alle Menschen einen gerechten Anteil an den gemeinsam erwirtschafteten Gütern und Leistungen erhalten und menschenwürdig leben können.

Staatsaufgaben

(192) Der Staat ist kein Unternehmen, das allein nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln kann. Politik muss auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein. Tatsächlich werden politische Entscheidungen häufig allein nach wirtschaftlichen Effizienzkriterien getroffen.

Zudem wächst die Konkurrenz zwischen Staaten um Standortvorteile und Investitionen. Transnationale Konzerne stellen Bedingungen, um Standorte zu erhalten oder sich anzusiedeln; die öffentliche Hand sieht sich gezwungen, solche Unternehmen entsprechend zu subventionieren.

Unter dem Hinweis auf Deregulierung jenseits der Staatsgrenzen wird versucht, politisch und in der Öffentlichkeit Druck zu erzeugen, um Auflagen und Schutzmaßnahmen sozialer und ökologischer Zielsetzung abzubauen und Deregulierung durchzusetzen.

Chancen der Staatengemeinschaft

(193) Gemeinsam haben Staaten in der Europäischen Union Möglichkeiten, sich im Standortwettbewerb nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Durch eine koordinierte Steuerpolitik müssten sie dafür sorgen, dass ihnen die für die Finanzierung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Gemeinsam könnten sie Maßnahmen ergreifen, um das Ausweichen von Unternehmen auf Steueroasen einzudämmen.

Forschung und Entwicklung

(194) Mehr und mehr zur gemeinsamen Aufgabe der Europäischen Union werden

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Investitionen in Grundlagen- und angewandte Forschung.

Der damit verbundene positive Wettbewerb zwischen Staaten und

Standorten verlangt von jedem einzelnen Land entsprechende Investitionen in Universitäten und Forschungseinrichtungen ebenso wie gemeinsame Anstrengungen im Rahmen der Europäischen Union. Ohne ständige wissenschaftliche und technische Weiterentwicklung wird weder die österreichische Wirtschaft, noch jene der Europäischen Union ihre Stellung im globalen Wettbewerb bewahren können.

VERANTWORTUNGSBEWUSST WIRTSCHAFTEN

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen suchen aktiv das Gespräch zu Fragen der Wirtschaftsethik und den Erfahrungsaustausch mit Vertretern und Vertreterinnen von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Die Kirchen bringen ihre speziellen Erfahrungen aus dem Bereich der Non-Profit-Betriebe und Sozialeinrichtungen in das Gespräch ein. (195)

- Die Kirchen nehmen ihre wirtschaftliche Verantwortung in den lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen wahr. In ihrer Einkaufs- und Beschäftigungspolitik orientieren sie sich an lokalen und regionalen Gegebenheiten. (196)

- In ihren eigenen Institutionen verwenden die Kirchen nach Möglichkeit fair gehandelte und ökologische Produkte. (197)

- In ihren eigenen Wirtschaftsbetrieben bemühen sich die Kirchen um die Umsetzung ökologischer und sozialer Alternativen. (198)

- Die Kirchen wollen in ihren Verkaufsstellen für eigene oder Dritte-Welt-Produkte den Verkauf mit Informations-Angeboten, etwa über fairen Handel oder ökologische Landwirtschaft, verbinden. (199)

- Die Kirchen unterstützen Tauschkreise und ähnliche Einrichtungen, auch durch Bereitstellung von Räumen und organisatorischer Hilfestellung. (200)

- Die christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften in Österreich prüfen die Möglichkeiten, ihr Vermögen vorwiegend in solchen Fonds anzulegen, die in Unternehmen investieren, die ihre Tätigkeit in überprüfbarer Weise nach Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtskriterien ausrichten. (201)

- Auch Christen und Christinnen sind aufgerufen, verantwortliches Wirtschaften in ihrem eigenen Lebensbereich umzusetzen und in ihren Geld- und Vermögensanlagen auf ethisches Investment zu achten. (202)

FÜR EIN NEUES LEITBILD DES WIRTSCHAFTENS

Aufgaben für die Gesellschaft

- Die Kirchen treten ein für ein umfassendes Wirtschaftsverständnis, das die verschiedenen Ebenen des Wirtschaftens, insbesondere den Non-Profit-Bereich, einbezieht. Für letzteren verlangen sie transparente und faire Rahmenbedingungen im Vergleich mit öffentlichen oder der öffentlichen Hand nahestehenden Anbietern. (203)

- Die Kirchen fordern die politisch Verantwortlichen auf, sich für gemeinschaftliche EU-Regelungen einzusetzen, um den für alle schädlichen Standortwettbewerb in Bezug auf Steuern, soziale und ökologische Regelungen durch Kooperation einzudämmen. (204)

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

- Die Kirchen erwarten vom Staat, entsprechende Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung zu stellen. (205)
- Die Kirchen treten ein für ein gerechteres Steuersystem, das die Belastung der Erwerbsarbeit durch Steuern und Abgaben verringert, dafür andere Faktoren stärker belastet. (206)
- Die Kirchen treten dafür ein, dass Wirtschaftsbetriebe ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, zum Beispiel durch die Selbstverpflichtung zu „Corporate Social Responsibility“. (207)
- Die Kirchen treten ein für die Erstellung einer Sozial-, Geschlechter- und Umweltbilanz als zusätzliches Kriterium für wirtschaftspolitische Entscheidungen. (208)

SOZIALE SICHERHEIT

SOLIDARITÄT UND FREIHEIT

(209) Solidarität und Gemeinwohl zu fördern ist Aufgabe staatlicher Politik. Wo sich die Rahmenbedingungen dieser Politik ändern, wird immer häufiger der Rückzug des Staates gefordert. Dies trifft auch die in den meisten europäischen Ländern solidarisch organisierte Absicherung zentraler Lebensrisiken wie Krankheit, Alter und Erwerbslosigkeit.

Sozialstaat im Wandel

(210) Die Notwendigkeit, sozialstaatliche Einrichtungen und soziale Sicherungssysteme immer wieder neu den gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen, ist zwar allgemein anerkannt, trotzdem entstehen Ängste, wenn die Veränderungen schwer einschätzbar und nicht durchschaubar sind, Sicherheit und Lebensplanung in Frage gestellt scheinen.

(211) Welche „öffentlichen Güter“ soll ein Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen? Wie soll anderen EU-Bürgern und Bürgerinnen, Ausländerinnen und Ausländern unterschiedlicher Herkunft ein gerechter Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen ermöglicht werden? Wie soll das Gesundheitssystem weiterentwickelt, die Pflege alter Menschen gesichert werden? Dies sind grundsätzliche Fragen, die in naher Zukunft gelöst werden müssen, um neue Formen der Ungleichheit und das Zerbrecen der Solidarität zu vermeiden, und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.

FREIHEIT BRAUCHT SICHERHEIT

(212) Sozialstaat und Freiheit, Solidarität und Individualität schließen einander nicht aus, sondern bedingen und ergänzen einander. Der Sozialstaat ist Voraussetzung dafür, dass die Werte von Individualität und Freiheit nicht nur ein Privileg der Einkommensstarken und Vermögenden sind, sondern allen Menschen zukommen.

Gesellschaftlicher Reichtum

(213) Soziale Sicherheit macht Gesellschaften nicht arm, sondern ist ein wesentliches Element des sozialen Zusammenhalts. Soziale Investitionen wirken sich auch ökonomisch positiv aus. Ein gut ausgebautes System von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ermöglicht ein hohes Qualifikationsniveau. Ein allen zugängliches Gesundheitssystem, eine gut funktionierende Infrastruktur bieten die Grundlagen einer erfolgreichen Wirtschaft. Die solidarische Absicherung von Risiken wie Arbeitslosigkeit und Alter sind Reichtums- und Wohlstandsindikatoren einer Gesellschaft.

Dieser Wohlstand, der keine Gruppe ausschließt, sondern darauf abzielt, möglichst viele einzuschließen, ist ein positives Element des Wirtschaftsstandortes Österreich und eine Grundlage der Lebensqualität aller, die zu erhalten eine wesentliche Aufgabe ist.

Effizienz und Sicherheit

(214) Die Stärke der Sozialversicherungen liegt in der großen Zahl der Mitglieder und Beitragszahler und im solidarischen Ausgleich. In den österreichischen Krankenversicherungen sind rund 99% aller Menschen dieses Landes im Falle von Krankheit geschützt und können alle entsprechenden Einrichtungen in Anspruch nehmen. In ähnlicher Weise sind alle Beschäftigten auf die eine oder andere Art Mitglied einer solidarischen Pensionsversicherung, die ihnen den Lebensunterhalt im Alter sichert.

Die laufend einbezahlten Beiträge zu diesen Versicherungen werden nicht von Banken verwaltet oder in Fonds angelegt, sondern laufend an die Pensionsbezieher und Pensionistinnen ausbezahlt. Dieses Umlagesystem ist, wie sich in Jahrzehnten gezeigt hat, wesentlich sicherer als private Versicherungssysteme, die vom Kapitalmarkt und den Börsen abhängig sind.

Laufender Reformbedarf

(215) Veränderungen sind notwendig, wenn sich die Verhältnisse ändern: wenn die Lebenserwartung steigt und damit die Zahl der älteren Menschen im Verhältnis zu den aktiv Erwerbstätigen, wenn die Ausbildung länger dauert, die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsjahre geringer wird und damit auf ein Beitragsjahr immer mehr Pensionsjahre entfallen.

Im Bemühen um solidarische Lösungen dürfen junge und ältere Menschen mit ihren jeweils berechtigten Anliegen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

(216) Um die Pensionen auch in Zukunft zu sichern, sind im Hinblick auf die Veränderungen in der Erwerbsarbeit spezielle Maßnahmen notwendig. Die zunehmende Flexibilisierung wird zu Lücken in den Erwerbskarrieren führen, und damit zu niedrigen Pensionen, weil das Pensionssystem auf der Vorstellung einer Normalarbeitskarriere mit durchgängigem Versicherungsverlauf über Jahrzehnte aufbaut. Frauen tragen dabei ein besonderes Risiko, weil sie auf Grund von Kindererziehung und Übernahme unbezahlter Arbeit kaum die Voraussetzungen für eine entsprechende Pension erreichen. Um zu vermeiden, dass Frauen nach Teilzeitarbeit in Niedriglohnbranchen im Alter in Armut leben müssen, sind dringend die Voraussetzungen für eine eigenständige Pension für Frauen zu schaffen.

(217) Im medizinischen Bereich sind in Zukunft steigende Kosten zu erwarten durch die Fortschritte der Medizin und die damit in Zusammenhang stehende zunehmende Zahl alter Menschen. Damit wird auch ein Zuwachs an Pflegebedürftigen erwartet. Für einen bedarfsgerechten Ausbau der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste fehlt es an qualifizierten Pflegekräften, und ebenso am entsprechenden finanziellen Engagement der Kostenträger. Beides wird aber nötig sein, um einen echten Notstand im Pflegebereich abzuwenden.

(218) Die wichtige Einführung des Pflegegeldes allein reicht nicht aus, die aktuellen Probleme der Pflege zu lösen; für die Zukunft wird es nicht nur mehr und bessere institutionelle Möglichkeiten, sondern auch verstärkte Hilfe und entsprechende Unterstützungsangebote für pflegende Familienangehörige geben müssen.

Solidarische Finanzierung

(219) Die Finanzierbarkeit oder Unfinanzierbarkeit von Krankenversicherung und Pensionen ist in hohem Maße, wenn auch nicht ausschließlich, eine Frage des politischen Willens und einer ausgewogenen Verteilung der Lasten.

Unter dem Vorwand der Unfinanzierbarkeit die Risiken zu privatisieren und damit die Schwächeren überdurchschnittlich zu belasten, bedroht den solidarischen Zusammenhalt. Dieser ganze Fragenbereich mit seinen großen Herausforderungen bedarf eines kompetenten Zusammenwirkens aller gesellschaftlichen Kräfte, um nachhaltige - und nicht nur kurzfristige - Lösungen zu finden.

Armut bekämpfen

(220) Trotz gut ausgebauter sozialer Netze gibt es in Österreich rund 300.000 Menschen, die in akuter Armut leben. Um auch all jenen, die auf Grund nicht erzielbarer oder zu niedriger Erwerbseinkommen keinen Anspruch auf Leistungen aus den Sozialversicherungen wie Arbeitslosengeld oder Pensionen erheben können, ein existenzsicherndes Einkommen zu ermöglichen, braucht es Maßnahmen einer Mindestsicherung.

Zugang zu allgemeinen Gütern

(221) Der Zugang zu sozialen Dienstleistungen in hoher Qualität muss für alle, unabhängig von Einkommen und Herkunft, gesichert werden. Öffentliche Güter beziehen ihre Legitimität und gesellschaftliche Anerkennung daraus, dass sie, von allen finanziert, auch allen in gleichem Maße zugänglich sind. Sie sind die politische Konkretisierung sozialer Rechte, wie des Rechtes auf soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Wohnen und Arbeit. Öffentliche Güter und Dienstleistungen sind Ausdruck institutionalisierter Solidarität.

Steuern und Abgaben

(222) Steuern müssen dem Staat die Erfüllung seiner Aufgaben ermöglichen. Steuerentlastungen müssen unter dem Blickwinkel der Wirtschaftsleistung, aber auch in ihren Auswirkungen auf Arbeitsplätze, auf Staatsausgaben und auf die Verteilung innerhalb der Bevölkerung betrachtet werden.

(223) Es ist nicht unerheblich, wer von Steuern und Abgaben, die zum Ausgleich von Entlastungen an anderer Stelle wieder eingehoben werden müssen, betroffen ist. Selbstbehalte bei Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen treffen Kranke und damit überproportional Familien und ältere Menschen; höhere Sozialabgaben verteilen sich auf alle, belasten jedoch die Löhne und die Lohn-Nebenkosten.

Es ist Aufgabe der Politik, bei der Festlegung von Steuern und Abgaben diese Zusammenhänge zu berücksichtigen.

Ein „schlanker Staat“ kann kein Selbstzweck sein.

(224) Mit einer Sozialverträglichkeitsprüfung, die auch die Auswirkungen auf das Verhältnis der Geschlechter einbezieht, könnten Auswirkungen von Gesetzen oder budgetären Maßnahmen besser und transparenter beurteilt werden. Eine breite, öffentliche Diskussion könnte überdies dazu beitragen, Verunsicherung in der Bevölkerung zu vermeiden und sicherstellen, dass gesetzliche Regelungen haltbar sind.

EINSATZ FÜR SOZIALEN ZUSAMMENHALT

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen treten ein für eine den heutigen Herausforderungen entsprechende Weiterentwicklung des Sozialstaates und deshalb für eine breite Diskussion aller gesellschaftlichen Kräfte darüber, wie eine grundlegende sozialpolitische Absicherung für alle eingerichtet werden kann. (225)

- Die Kirchen wenden in ihrer „vorrangigen Option für die Armen“ diesen ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Im Sinne der Anwaltschaft engagieren sie sich zugunsten der Benachteiligten - und gemeinsam mit ihnen. (226)

- Die Kirchen beteiligen sich an Allianzen mit zivilgesellschaftlichen Gruppierungen wie der Armutskonferenz, um für die genannten Anliegen gemeinsam einzutreten. (227)

- Die Kirchen ermutigen junge Menschen zu freiwilligen sozialen Diensten und setzen sich ein für entsprechende Rahmenbedingungen. (228)

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

- Die Kirchen setzen in Einrichtungen wie Caritas und Diakonie ihre personellen und finanziellen Mittel ein, um Menschen in Notlagen rasch und wirksam zu helfen. (229)

SOZIALSTANDORT ÖSTERREICH

Aufgaben für die Gesellschaft

- Die Kirchen treten ein für einen aktiven Sozialstaat, der unersetzlich ist, um sozialen Risiken wie Verarmung und Ausgrenzung entgegenzuwirken. (230)

- Die Kirchen setzen sich ein für eine Sozialverträglichkeitsprüfung, um die Folgewirkungen von Gesetzen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, und insbesondere auf Frauen und Familien abzuschätzen. (231)

- Die Kirchen treten ein für die Weiterentwicklung des umlagefinanzierten Pensionsversicherungssystems in einer Form, die die Solidarität zwischen der Jugend und der älteren Generation stärkt. Dabei ist auch eine eigenständige Alterssicherung für Frauen vorzusehen. (232)

- Die Kirchen erachten es für notwendig, dass für eine ausreichende finanzielle und infrastrukturelle Absicherung des steigenden Pflegebedarfs vorgesorgt wird: durch Valorisierung des Pflegegeldes, Aufwertung und Ausbau der mobilen Betreuungs- und Pflegedienste, Tagesstätten und Hospizangebote. (233)

- Die Kirchen fordern eine flächendeckende, umfassende Versorgung von Asylwerbern in Österreich. (234)

- Die Kirchen fordern die Sicherstellung des Zugangs zu Grundversorgungsgütern wie Wasser, Energie und öffentlichem Verkehr und zu öffentlichen Gütern wie Bildung und Gesundheit für alle. (235)

6 FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT

Friede

Altes Testament

Er spricht Recht im Streit der Völker,.... Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg. (Jesaja 2,4)

Neues Testament

Jesus,... ist unser Friede. Er ... riss durch sein Sterben die trennende Wand der Feindschaft nieder. (Epheser 2,14)

FRIEDEN - GABE UND AUFGABE

(236) Seit der Auflösung des kommunistischen Staatensystems 1989/90 hat sich unsere Welt dramatisch verändert. Wie Politik und Gesellschaft insgesamt, so suchen auch die Kirchen nach Antworten auf die neuen und oft unerwarteten Veränderungen, nach Wegen zur humanen Bewältigung der vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die sich in einer zunehmend unübersichtlichen Welt stellen.

(237) Für viele Menschen sind die Entscheidungsprozesse in unserer Gesellschaft undurchschaubar geworden, sie zweifeln an der Zuverlässigkeit von Organisationen und Institutionen sowie an realen Möglichkeiten zur Mitgestaltung der entscheidenden Vorgänge in Politik und Wirtschaft.

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

(238) Das Bedürfnis nach Sicherheit und die Sehnsucht nach Frieden sind konfrontiert mit den Spannungen zwischen Sicherheit und Freiheit, Wohlstand und Risiko, Eigeninteresse und Solidarität. Oft werden gerade jene Technologien, die Sicherheit gewährleisten sollen, zur Quelle neuer Bedrohungen. Bemühungen zur Abwehr terroristischer Gefährdungen können Grund- und Freiheitsrechte aushöhlen.

Eine prophetische Botschaft

(239) Die Bibel betont, dass politische Macht ihre Legitimität nicht aus militärischer Stärke, sondern aus dem Maß an verwirklichter Gerechtigkeit erhält. Schon die Propheten Israels haben in ihrer Verkündigung den engen Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Frieden herausgestrichen.

(240) Die Kirchen haben diese Botschaft in die Formel „Frieden in Gerechtigkeit“ gefasst und auf der Ersten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel 1989 in die Zielperspektive „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ eingebracht. Auf der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz 1997 wurde der Beschluss gefasst, ein gemeinsames Dokument zu erarbeiten. 2001 wurde die „Charta Oecumenica“ „als gemeinsame Verpflichtung zum Dialog und zur Zusammenarbeit“ angenommen. Die Kirchen verpflichten sich darin, sich für ein humanes und soziales Europa einzusetzen, für Menschenrechte und die Grundwerte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Toleranz, der Partizipation und der Solidarität.

FRIEDEN IN EINER GLOBALEN WELT

(241) Die beschleunigten gesellschaftlichen Veränderungsprozesse erzeugen ein hohes Maß an Unsicherheit. Es ist nicht absehbar, wohin die Entwicklung führt. Für den christlichen Glauben kann Sicherheit nicht durch „Rosse und Wagen“ (Psalm 20,8) erreicht werden. Sicherheit und Frieden leben von begründetem Vertrauen, von verlässlichen Beziehungen und von der Überzeugung, dass ein Leben in Gerechtigkeit ohne Armut und Not möglich ist.

(242) Begegnung, Dialog, der konstruktive Umgang mit Verschiedenheit, das Bemühen um eine integrative Sprache, Erziehung zum Frieden und Mediationsverfahren können helfen, möglichen Konflikten zuvor zu kommen oder sie in einer guten Weise auszutragen.

Frieden schaffen und sichern

(243) Der Wunsch nach Frieden schafft noch keine friedliche Welt. In der Zielperspektive sind sich die Kirchen einig, Unterschiede bestehen in der Bewertung und Wahl der Mittel und Wege, die zum Frieden führen können.

Dabei geht es um die Frage der Gewaltfreiheit und um die Rechtfertigung der Anwendung militärischer Gewalt. Unter welchen Bedingungen ist die Anwendung militärischer Gewalt als letztes Mittel auch für Christen und Christinnen erlaubt, ja sogar geboten? Oder sind die Kirchen vom Evangelium Jesu Christi her aufgerufen, dem Geist, der Logik und der Praxis militärischer Gewalt ausnahmslos abzusagen? Was bedeutet es, dass in der Entwicklung der letzten Jahre Krieg wieder zu einem Mittel der Politik wird?

Während für die einen nur die Option der Gewaltfreiheit durch das Evangelium legitimiert ist oder wenigstens die konsequenteste Umsetzung der Botschaft Jesu darstellt, gehen andere von Recht und Pflicht zu Notwehr und Nothilfe auch unter Einsatz verhältnismäßiger Gegengewalt als letztem Mittel aus. Sie sehen dies nicht als Widerspruch zum Evangelium, sondern als Erfüllung des Gebotes der Nächstenliebe.

(244) Christliche Soldaten und Soldatinnen gründen ihr Selbstverständnis auf diese Position. Sie betonen die strengen ethischen Voraussetzungen und Bedingungen, denen ein möglicher Einsatz militärischer Mittel gemäß einer christlichen Ethik, gemäß dem geltenden Völkerrecht und gemäß den sich herausbildenden internationalen Rechtsprinzipien unterliegt.

Dies zeigt sich vor allem in den vielfältigen Einsätzen von Soldaten und Soldatinnen zur

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Sicherung von Frieden und Stabilität in Krisenregionen, mit einem Mandat der Vereinten Nationen und in enger Kooperation mit zivilen Organisationen.

Die Diskussion um Friedenssicherung und legitimen Einsatz militärischer Mittel muss, den jeweils veränderten Umständen entsprechend, innerhalb wie auch zwischen den verschiedenen Kirchen weiter geführt werden.

Gewalt überwinden

(245) In manchen Weltregionen werden Kriege und Konflikte unter dem Zeichen der Religion ausgetragen. Auch die aktuellen Terrorismusgefährdungen werden allzu schnell mit religiösen Unterschieden in Zusammenhang gebracht. Darüber hinaus setzen sich religiös geprägte politische Bewegungen für die Schaffung von Staatsmodellen ein, die dem modernen europäischen Verständnis widersprechen.

Der Missbrauch von Religion und religiösen Gefühlen für die Zwecke politischer Macht ist vor allem dort erfolgreich, wo wirtschaftliche Not, Unterdrückung und Mangel an Bildung und Information den Menschen keine Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lebensumstände geben.

In Kirchen und politischen Bewegungen hat in den letzten Jahren ein intensiver Diskussionsprozess über solche Fragen stattgefunden, der sich an den schrecklichen ethnischen Säuberungen bis hin zum Völkermord in verschiedenen Weltregionen entzündet hat. Für Christinnen und Christen ist Respekt vor der jeweiligen Glaubensentscheidung selbstverständlich. Dabei verbindet sie in der Frage der Friedenssicherung weit mehr, als sie trennt.

Umfassender Frieden

(246) Das Ziel eines „Friedens in Gerechtigkeit“, das heißt ein umfassender und ganzheitlicher Begriff von Frieden und Sicherheit, prägt jede Stellungnahme von Christinnen und Christen zu diesen Fragen. „Frieden in Gerechtigkeit“ ist eine anspruchsvolle Vision, die auf nichts weniger abzielt, als die Beziehungen zwischen den Menschen, ethnischen und religiösen Gemeinschaften, den Völkern und den Staaten auf die Anerkennung der Würde aller, auf die Achtung der Menschenrechte, auf nachhaltige politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu bauen, unter Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und in Verantwortung für die zukünftigen Generationen.

(247) In manchen Teilen der Welt, besonders in Afrika, breitet sich eine neue Art von Kriegen aus, die sich in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung richten. Dabei geht es vor allem um Geschäfte mit Rohstoffen, um deretwillen die selbsternannten Kriegsherren mit Waffen unterstützt werden. Der Einsatz arbeitsloser Jugendlicher und von Kindern ohne Chance auf eine Schulbildung, zusammen mit der Schwäche der Regierungen, führen in eine Anarchie, die jede Hoffnung auf Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus zerstört.

Präventiv handeln

(248) Der Vorrang gewaltfreier Wege, und das Ausloten aller Möglichkeiten präventiven Handelns, zielen darauf ab, Konflikte möglichst bereits im Ansatz zu lösen. So können in manchen Fällen politische oder rechtliche Maßnahmen eskalierende Konflikte eindämmen. Wo Gewalt auf schlechten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen beruht, ist sie nur durch umfassende gesellschaftliche Entwicklung zu beseitigen.

(249) Christliches Sprechen über den Frieden und jedes Handeln der christlichen Kirchen wird vorrangig die Frage nach den Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die benachteiligten und die schwächsten Gruppen der Gesellschaft stellen. In vielen Teilen der Welt sind dies Fremde, Flüchtlinge, Migranten und ethnische Minderheiten, sehr oft Frauen, Kinder und alte Menschen.

Hier öffnet sich ein weiterer Bereich persönlichen und gemeinschaftlichen Engagements von Christinnen und Christen.

FÜR EINEN UMFASSENDEN FRIEDEN

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen fördern eine umfassende Spiritualität des Friedens und der Gewaltfreiheit. (250)
- Die Kirchen wollen zur Minimierung jeglicher Art von Gewalt beitragen, besonders durch ihr Engagement im Rahmen der „Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt“ und der „UN-Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder dieser Welt“ (2001-2010). (251)
- Christinnen und Christen setzen sich öffentlich für friedensfördernde und kriegsverhindernde Maßnahmen ein, so für die Anti-Landminen-Kampagne, gegen die Produktion, die Verbreitung und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten, für die Ächtung von Gewalt gegen Frauen als Kriegswaffe, für die Förderung der Friedens- und Gedenkdienste. (252)
- Die Kirchen gestehen ihr eigenes schuldhaftes Verhalten ein und tragen dazu bei, die verbreitete kollektive Vergesslichkeit zu überwinden sowie historische Demütigungen und Ungerechtigkeiten ehrlich aufzuarbeiten. (253)
- Die Kirchen stellen Zeit und Raum bereit, damit Traumata aufgearbeitet werden und Wunden heilen können. Sie engagieren sich in einer geschlechtergerechten Konfliktnachsorge, damit Menschen nach bitteren Leiderfahrungen wieder Vertrauen aufbauen können. (254)
- Die Kirchen sind bereit, ohne religiöse, ethnische und politische Berührungsängste mit friedensengagierten Menschen - vor allem in Krisengebieten - zusammenzuarbeiten. (255)

FRIEDEN DURCH GEMEINSAMES BEMÜHEN:

Aufgaben für die Gesellschaft

- Die Kirchen treten dafür ein, dass Lernorte der Demokratie und konstruktiver Konfliktkultur gefördert werden, um eine breite gesellschaftspolitische Diskussion von Friedensfragen zu ermöglichen. (256)
- Die Kirchen fordern die Bundesregierung auf, den Einsatz für die zivile Versöhnungsarbeit zu verstärken. Der Friedensdienst soll als Projekt gemeinsam mit den Kirchen und anderen Nicht-Regierungs-Organisationen entwickelt und international zur Verfügung gestellt werden. (257)
- Die Kirchen treten für Abrüstung und faire internationale Beziehungen, vor allem auf wirtschaftlicher Ebene, ein und fordern die Regierungen in Österreich, in der EU und weltweit dazu auf, die Ausgaben für Rüstungsprojekte drastisch zu reduzieren. (258)
- Die Kirchen fordern Österreich als neutrales Mitglied der Europäischen Union dazu auf, sich für eine Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen, die auf klaren ethischen und völkerrechtlichen Prinzipien gründet. (259)
- Die Kirchen treten dafür ein, die Rolle der UNO in der internationalen Friedenspolitik und im weltweiten Krisenmanagement zu stärken. Die UNO hat die stärkste völkerrechtliche Legitimation für Maßnahmen der Friedensschaffung und der Schlichtung großer internationaler Krisen - in denen im Extremfall auch Militär zum Einsatz kommen kann. Diese

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Fälle müssen jedoch sorgfältig geprüft und nur nach Völkerrecht und unter UN-Leitung entschieden und durchgeführt werden. (260)

7 GERECHTIGKEIT WELTWEIT

Gerechtigkeit weltweit

Altes Testament

Dann tragen die Berge Frieden für das Volk
und die Höhen Gerechtigkeit.

Er wird Recht verschaffen den Gebeugten im Volk,
Hilfe bringen den Kindern der Armen. (Psalm 72, 3-4)

Neues Testament

Vater, dein Name werde geheiligt.
Dein Reich komme. (Lukas 11, 2b, c)

GLOBALISIERUNG UND ARMUT

(261) Die Welt ist in den vergangenen Jahrzehnten im Zuge der Globalisierungsprozesse von Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zusammengerückt. Doch weltweit verteilte Produktionsprozesse und weltumspannende Dienstleistungsangebote bedeuten nicht schon eine Globalisierung der Gerechtigkeit und der Schöpfungsverantwortung.

Die Ungleichheit zwischen Kontinenten und Staaten ist größer geworden, ebenso jene zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen innerhalb der einzelnen Länder. Während ein Sechstel der Weltbevölkerung über einen sehr hohen Lebensstandard verfügt, kämpft etwa die Hälfte der Erdbevölkerung noch immer um die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse.

Zunehmende Ungleichheit

(262) Am Beginn des dritten Jahrtausends verbrauchen zwanzig Prozent der Weltbevölkerung rund drei Viertel der Ressourcen der Erde. Zwei Drittel der Weltbevölkerung müssen mit weniger als zwei Euro pro Tag auskommen.

Ungleich ist auch die Verteilung zwischen den Geschlechtern: Frauen tragen zwar die Hauptlast der Arbeit, erzielen jedoch weit weniger Einkommen und verfügen selten über Besitz und Vermögen.

Die Zahl der Armen hat sich vor allem dort erhöht, wo Kriege Infrastruktur und Landwirtschaft und damit die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zerstören. Dabei geht es oft um den Zugang zu oder die Kontrolle von Rohstoffen.

Auch in einigen ehemals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas hat die Armut zugenommen, während einige Wenige sich extrem bereichern. Die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre in Asien und Lateinamerika, vor allem die Auswirkungen des Zusammenbruchs der liberalisierten Finanzmärkte, haben auch dort viele Menschen in die Armut gestürzt.

GLOBALISIERUNG BRAUCHT SOZIALE DIMENSION

(263) Wirtschaftliche Globalisierung bedeutet Öffnung der Grenzen für Waren und Dienstleistungen, Privatisierung gemeinschaftlicher Einrichtungen und Wettbewerb. Soziale und Umwelt-Anliegen haben dabei keinen großen Stellenwert.

Ein ganzheitliches Verständnis von Wirtschaft schließt den nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen der Erde ebenso ein wie die Forderungen nach Verteilungsgerechtigkeit und gerechten Austauschbedingungen für die Produkte der Länder des Südens.

(264) Nach wie vor sind die armen Länder des Südens überwiegend auf Rohstoff-Exporte angewiesen, für die sie wegen sinkender Weltmarktpreise immer weniger erhalten. Durch die

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Rücknahme von Handelsbarrieren werden vor allem die Industrieländer bevorzugt. Ihre überlegene Technik und Exportsubventionen für Lebensmittel öffnen ihnen neue Märkte, während die Entwicklungs- und Schwellenländer ihre eigenen Stärken im Export kaum ausspielen können und dazu die Möglichkeit verlieren, ihre Kapazität im eigenen Land zu nützen.

Zudem hat die zu rasche Öffnung der Finanzmärkte in zahlreichen Transformations- und Entwicklungsländern zu schweren wirtschaftlichen und sozialen Krisen geführt.

Entschuldung und Armutsbekämpfung

(265) Die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank sind wichtige Akteure der Globalisierung. Armutsbekämpfung ist zwar zu einem wichtigen Ziel dieser Institutionen geworden, mit ihren konkreten Maßnahmen bewirken sie jedoch nicht selten das Gegenteil.

Um notwendige Kredite zu erhalten, müssen arme Länder weitreichende Anpassungsmaßnahmen durchführen, die mit einer Liberalisierung von Handels- und Finanzregeln einhergehen. Diese Programme nehmen zu wenig Rücksicht auf Besonderheiten der Länder und die Grundbedürfnisse der Menschen. Der propagierte Rückzug des Staates, die Privatisierung öffentlicher Güter wie Wasser, Krankenversorgung oder Schulen in Verbindung mit harten Budgeteinsparungen haben dann den Zusammenbruch des Sozialsystems zur Folge.

(266) Eine gerechte Entschuldung muss unterschiedliche Interessen berücksichtigen und darf nicht auf dem Rücken der Armen ausgetragen werden. Deshalb sollten die Länder selbst, und auch deren zivilgesellschaftliche Gruppen an der Ausarbeitung geeigneter Maßnahmen und Programme angemessen beteiligt werden.

Sollte bei in Kraft treten des WTO- Dienstleistungsabkommens (GATS) der Zugang zu Bildung, Gesundheit, Nahrung und Wasser in weiten Bereichen von der Kaufkraft abhängig werden, würden damit weltweit elementare Rechte auf eine Grundversorgung aller gefährdet.

Ausbau der internationalen Organisationen

(267) Die Rolle von großen, insbesondere transnationalen Unternehmen wird immer wichtiger. Ihrer globalen Macht steht jedoch keine entsprechende Kontrolle gegenüber.

Multilaterale Abkommen werden oft ohne Berücksichtigung bzw. Abstimmung mit bereits akkordierten Übereinkommen beschlossen. Kommt es dann zu inhaltlichen Widersprüchen, werden Abkommen, für die konkrete Sanktionen vorgesehen sind, eher umgesetzt als Absichtserklärungen in internationalen Verträgen.

Ein wichtiger Schritt ist der Umbau von Steuerungs- und Entscheidungsstrukturen internationaler Institutionen. Eine Stärkung der verschiedenen Einrichtungen der UNO gegenüber anderen internationalen Organisationen wie WTO, IWF und Weltbank könnte ein wesentlicher Beitrag zu mehr Gerechtigkeit sein.

Engagement für Entwicklung

(268) Österreichs Beitrag zur weltweiten Entwicklungszusammenarbeit liegt seit Jahren unter dem Durchschnitt der Länder der Europäischen Union, wobei die Zahlungen an internationale Institutionen und der Aufwand für Studenten aus Dritte-Welt- und Transformations-Ländern nicht allzu viel Spielraum lassen für Projekt- und Programmarbeit in den Ländern selbst.

Die konkrete Entwicklungs-Zusammenarbeit ist weithin vom Engagement Nicht-Staatlicher Organisationen getragen, wenn auch häufig durch öffentliche Gelder unterstützt.

(269) Kirchliche Organisationen engagieren sich in vielen Ländern des Südens, und mehr und mehr auch in den Transformationsländern Osteuropas.

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Kirchliche Projekte und Programme werden stets in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Einrichtungen am Ort durchgeführt, um so möglichst gute Voraussetzungen für eine dauerhafte Verbesserung der Situation zu schaffen. In Österreich selbst sind die kirchlichen Einrichtungen wesentliche Träger der Information über die Situation und das Leben von Menschen in den armen Ländern und Regionen unserer Erde. Viele kirchliche Gemeinden und Gemeinschaften, Pfarreien und Gruppen unterstützen im Rahmen von Partnerschaften mit Gemeinden in Dritte-Welt-Ländern konkrete Projekte der Entwicklungs- und Missionsarbeit.

Weltweite Zusammenarbeit

(270) Soll entsprechend der Abschlusserklärung des Millenniumsgipfels der Vereinten Nationen 2000 die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 halbiert werden, braucht es ein Umdenken der reichen Länder und das Engagement aller staatlichen Einrichtungen und nicht-staatlichen Organisationen.

Eine dauerhafte Verbesserung der Situation der Armen verlangt eine Entwicklungspolitik, die auf ein sozial- und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist. Neben der dringend notwendigen Entschuldung aller armen Länder ist eine Umverteilung von Ressourcen, wie landwirtschaftlich nutzbarem Boden, notwendig. Die Sicherung sozialer Grunddienste wie Trinkwasserversorgung, Bildung und medizinische Versorgung hat absolute Priorität, wenn es um eine nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände geht.

(271) Der Lebensstil der reichen Industrieländer lässt sich nicht auf die gesamte Weltbevölkerung übertragen. Viele Christinnen und Christen sind sich dessen bewusst und bemühen sich, in ihrem täglichen Leben und Konsum Kriterien einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise zu berücksichtigen.

Kirchen in der Einen Welt

(272) Für die christlichen Kirchen ist unbeschränktes Wirtschaftswachstum, verbunden mit der Ausbeutung von Mensch und Natur, unvereinbar mit der „Vision der oikoumene“ der Einen Welt. Zunehmende Ungerechtigkeit und Zerstörung von Lebenschancen stehen im Gegensatz zur befreienden Botschaft des Evangeliums, deren Verkündigung seit jeher verbunden war mit dem Engagement für die Armen und Notleidenden.

Die notwendige Grundlage für weltweite Gerechtigkeit bildet eine aufeinander abgestimmte Handels- Finanz- und Sozialpolitik, welche einer nachhaltigen Entwicklung und der Beseitigung von Armut den Vorrang einräumt.

(273) Die christlichen Kirchen setzen sich, gemeinsam mit vielen Menschenrechtsorganisationen, für eine Globalisierung von Rechten ein: die allgemeinen Menschenrechte, soziale, politische und ökonomische Rechte sowie spezifische Frauenrechte müssen weltweit anerkannt und durchgesetzt werden.

EINSATZ FÜR WELTWEITE GERECHTIGKEIT

Aufgaben für die Kirchen

- Die Kirchen sind aufgerufen, mehr Mittel als bisher für Bewusstseinsbildung zu Fragen der internationalen Politik und mehr Ressourcen für die Mitgestaltung internationaler Vorgänge bereitzustellen. (274)

- Die christlichen Kirchen in Österreich erhöhen die Ausgaben für Entwicklungsförderung und Mission durch einen verbindlichen Stufenplan. Der Ökumenische Rat der Kirchen richtet dazu eine Arbeitsgruppe ein, um Ziele, Ausmaß und Zeitplanung abzustimmen. (275)

- Die christlichen Kirchen lenken die Aufmerksamkeit ihrer Mitglieder auf globale Vorgänge und laden sie ein, sich auch an den entsprechenden Initiativen zu beteiligen. (276)

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

- Die christlichen Kirchen setzen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für einen Reformprozess innerhalb internationaler Institutionen ein und unterstützen eine Neupositionierung der UNO. (277)
- Die Kirchen treten für einen Demokratisierungsprozess auf internationaler Ebene ein, der die wirtschaftlich benachteiligten Länder stärkt und die verschiedenen Nicht-Regierungs-Organisationen in die Entscheidungsvorgänge einbindet. (278)

FÜR GERECHTE RAHMENBEDINGUNGEN

Aufgaben für die Gesellschaft

- Die Kirchen erwarten, dass in Österreich ein verbindlicher Stufenplan zur Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden erarbeitet wird, um möglichst rasch die vereinbarte Höhe von 0,7% des Brutto-Sozialprodukts zu erreichen. (279)
- Die Kirchen fordern die Regierung auf, Information und Spenden für Entwicklungszusammenarbeit durch geeignete Maßnahmen zu fördern, insbesondere auch durch steuerliche Absetzbarkeit. (280)
- Die Kirchen treten dafür ein, dass Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) auf ihre Umwelt- und Sozialverträglichkeit, unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf Frauen, geprüft werden. (281)
- Die Kirchen fordern die Regierungen auf, bei Entschuldungsprogrammen darauf zu achten, dass die Schuldnerländer und ihre zivilgesellschaftlichen Gruppen an der Ausarbeitung geeigneter Maßnahmen und Programme angemessen beteiligt werden. (282)
- Die Kirchen erwarten von der Politik, die Regulierung der Finanzmärkte durch geeignete Maßnahmen, wie etwa die Einführung einer Tobin-Steuer, voranzutreiben. (283)
- Die Kirchen appellieren an die Regierung, sich für eine Stärkung der UNO und ihrer vielfältigen, teils autonom agierenden Einrichtungen sowie für eine administrative, strukturelle und institutionelle Reform der Weltorganisation einzusetzen, die auch eine Neugestaltung des UN-Budgets beinhaltet. (284)

8 ZUKUNFTSFÄHIGKEIT: VERANTWORTUNG IN DER SCHÖPFUNG

Schöpfung

Altes Testament

Wohin der Fluss gelangt, da werden alle Lebewesen, alles, was sich regt, leben können (Ezechiel 47,9)

Neues Testament

Die Schöpfung soll von der Sklaverei und Verlorenheit befreit werden zur Freiheit und Herrlichkeit der Kinder Gottes. (Römer 8,21)

NACHHALTIGKEIT - EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT

(285) Die Erfahrung mit Reichtum und Schönheit der Natur, aber auch mit den Folgen ihrer Ausbeutung und Zerstörung lässt uns Menschen die Verantwortung für die Schöpfung bewusst werden. Die Schöpfung ist den Menschen anvertraut. Geschaffen nach Gottes Bild und selbst Teil der Schöpfung, ist der Mensch nicht Herrscher, sondern Verwalter und Diener

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

der Schöpfung. Seine Verantwortung liegt darin, die Schöpfung zu achten und zu bewahren, auch für künftige Generationen.

(286) Diese Verantwortung findet ihren Ausdruck in der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der Armut und Unrecht herrschen, eine Wirtschaftsweise, die die Ressourcen der Erde für sich verbraucht und keine Rücksicht auf künftige Generationen nimmt, sind zutiefst ungerecht.

Diese Erfahrungen müssen einen vielschichtigen Umdenkprozess auslösen: in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, und in den Kirchen.

Schädigung der Lebensgrundlagen

(287) Das weltweite Konsum- und Produktionsvolumen liegt heute bereits über dem, was die Erde ökologisch verkraften kann. Dies bedeutet, dass die Menschheit das natürliche Kapital des Planeten schon in beträchtlichem Ausmaß aufbraucht. Der Treibhausgas-Ausstoß steigt weltweit - auch in Österreich - trotz der übernommenen Verpflichtung zur Reduktion. Die Folgen sind Gesundheitsgefährdungen für die Menschen, Umweltschäden, Aussterben von Tier- und Pflanzenarten. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser wird immer mehr zum Problem. Naturkatastrophen, sowohl Dürre als auch Überschwemmungen, gehen weltweit Hand in Hand mit der Zerstörung von Wäldern und Klimaveränderungen.

(288) Die Ursachen liegen im steigenden Energie- und Ressourcenverbrauch, nicht zuletzt für den rasch anwachsenden Verkehr. Die Folgekosten werden nur zu einem geringen Teil den Verursachern zugerechnet. Die Verantwortung tragen großteils die Industrieländer, sie leben damit auf Kosten des Südens und künftiger Generationen.

NACHHALTIGKEIT ALS PRINZIP

(289) Nachhaltigkeit bedeutet Einsatz für gerechte Lebensbedingungen und einen schonenden Umgang mit der Natur auf Zukunft hin. Wenn Nachhaltigkeit als durchgängiges Prinzip zur Anwendung kommen soll, müssen neue Konzepte des Wirtschaftens entwickelt werden.

Lebensqualität statt Quantität

(290) In den herrschenden ökonomischen Konzepten wird nicht unterschieden, wodurch „Wachstum“ zustande kommt. Auch Wirtschaftsaktivitäten, die die Umwelt zerstören, schlagen positiv zu Buche. Nachhaltiges Wirtschaften hingegen meint ein Wachstumskonzept, bei dem die Ressourcen der Erde geschont und für die nächsten Generationen erhalten bleiben. Die Frage nach der Lebensqualität tritt gegenüber einer rein mengenmäßigen Erhöhung der Produktion und des Konsums in den Vordergrund.

(291) Wenn bereits jetzt die kaufkräftigeren Menschen vor allem in den Ländern des Nordens die Erde überbeanspruchen, ist die Vision einer weltweiten Gerechtigkeit auf dem Niveau eines westlichen Lebensstandards nicht realistisch. Es sind daher Konzepte und konkrete Maßnahmen in Richtung einer Wirtschaftsweise notwendig, die sicherstellt, dass die grundlegenden Bedürfnisse aller befriedigt werden können. Für die wohlhabenderen Menschen und Länder wird die Frage lauten müssen: Wieviel ist genug? Wie erzeugen wir das, was wir benötigen, möglichst umwelt- und ressourcenschonend?

Zukunftsfähige Politik

(292) Für eine Neuorientierung braucht es entschiedene Maßnahmen wie: höhere Energieeffizienz, den Umstieg zu erneuerbaren Energien, teilweisen Konsumverzicht, fairen Handel, Marktpreise, die entsprechend dem Verursacherprinzip auch die ökologischen Kosten widerspiegeln, sinnvolle Verkehrskonzepte für Transit und Vorrang für öffentlichen Verkehr, sowie eine ökologische Steuerreform. Dabei wird neben den nationalen Regierungen auch der EU eine wichtige Rolle zukommen.

Auch internationale Abkommen müssen unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit geprüft

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

und bewertet werden. Zu den wertvollsten Ressourcen unserer Erde gehört die große Vielfalt an Pflanzen und Lebewesen, solche, die heute bereits zur menschlichen Ernährung oder der Gewinnung von Arzneien dienen und viele andere, deren mögliche Zukunft heute noch offen ist. Die WTO Verhandlungen über handelsbezogene Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) könnten den Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen gefährden. Eine Auseinandersetzung mit den negativen Auswirkungen dieses Abkommens auf die biologische Vielfalt ist dringend notwendig, um schwere dauerhafte Schädigungen künftiger Lebensgrundlagen zu vermeiden.

(293) Im Jahr 2000 haben sich die Mitgliedsstaaten der UNO verpflichtet, die Armut bis 2015 zu halbieren und dabei das Prinzip Nachhaltigkeit in den nationalen Politiken zu verankern. Dafür sind noch beträchtliche Anstrengungen erforderlich. Darüber hinaus braucht es Maßnahmen, um eine höhere Verbindlichkeit bei internationalen Umwelt- und Menschenrechtsabkommen zu erreichen.

(294) Eine Hinwendung der Politik zur Nachhaltigkeit bedeutet den Wechsel von Kurzfristigkeit zu mittel- und langfristigen Strategien. Dies erfordert einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, der auf der zunehmenden Sensibilisierung von engagierten Gruppen und Bewegungen aufbauen kann.

Unternehmen als wichtige Akteure

(295) Unternehmen sind bedeutende gesellschaftliche Akteure, besonders auf internationaler Ebene. Ihre Bereitschaft, soziale und ökologische Verantwortung wahrzunehmen und prinzipiell in ihren Strategien zu verankern, ist ein wichtiges Signal in Richtung nachhaltiger Entwicklung.

Entscheidend für den Erfolg solcher unternehmerischer Vorhaben ist die Einbindung der betroffenen Interessengruppen, die Herstellung von Transparenz und unabhängige Kontrolle.

Verantwortung der Konsumenten

(296) Durch persönliche Konsumententscheidungen und Lebensstile gestalten wir tagtäglich die Welt mit, haben Einfluss darauf, wie sehr wir unsere Umwelt schädigen oder schonen. Einfacherer Lebensstil und eine Änderung des Konsumverhaltens können zu einer gerechteren Verteilung der Ressourcen dieser Erde beitragen.

Durch Bewusstseinsbildung und politisches Engagement kann in der Öffentlichkeit die Bereitschaft geweckt werden, die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft ökologisch und damit zukunftsfähig zu verändern.

Ansätze in den Kirchen

(297) In den Kirchen gibt es beispielhafte Initiativen für nachhaltiges Wirtschaften: Vom Einsatz erneuerbarer Energie bis zur biologischen Landwirtschaft in klösterlichen Gemeinschaften. In vielen kirchlichen Einrichtungen ist der Konsum von fair gehandelten Produkten eine Selbstverständlichkeit. Um diese Ansätze auszubauen, bedarf es verbindlicher Ziele und Aktionsprogramme, die sich in den Budgets und den Tätigkeitsberichten kirchlicher Gemeinschaften und Einrichtungen spiegeln müssen. Eine konkrete Anregung für die Bewusstseinsbildung ist auch der 1. September, der bereits in mehreren Kirchen als Tag der Schöpfungsverantwortung begangen wird.

GELEBTE NACHHALTIGKEIT IN KIRCHEN UND GEMEINDEN

Aufgaben für die Kirchen:

- Die Kirchen wollen eine Spiritualität der Schöpfung pflegen und sie in Gebeten und Liturgien verankern. (298)

- Das Thema Schöpfungsverantwortung soll fester Bestandteil in Religionsunterricht und Bildungsarbeit der Kirchen werden. (299)

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

- Die Kirchen stellen bezahlte Arbeitszeit für Umweltschutz zur Verfügung. Durch die Veröffentlichung von Energiebilanzen wollen sie sich und der Gesellschaft Rechenschaft geben. (300)
- Kirchliche Gemeinden, Gemeinschaften und Betriebe achten auf Nachhaltigkeit in ihrer Einkaufspolitik und in der Energienutzung. (301)
- Die Kirchen kooperieren mit anderen Einrichtungen im Umweltbereich und fördern zukunftsweisende Initiativen. (302)
- Die christlichen Kirchen in Österreich wollen in ihrer Missionsarbeit den Einsatz ihrer Partnerkirchen für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in aller Welt aktiv unterstützen. (303)

NACHHALTIGKEIT VERANKERN

Aufgaben für die Gesellschaft

- Die Kirchen treten dafür ein, dass das Prinzip Nachhaltigkeit in Handlungsstrategien und Entscheidungsprozessen von nationalen Regierungen und internationalen Organisationen verankert wird. (304)
- Die Kirchen fordern, dass multilaterale Menschenrechts- und Umweltabkommen gegenüber Handelsabkommen aufgewertet werden. (305)
- Die Kirchen appellieren an die österreichische Bundesregierung, sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass in einem dynamischen Wirtschaftsraum Europa auch weiterhin hohe ökologische und soziale Standards gelten. (306)
- Die Kirchen fordern Unternehmen, vor allem, wenn sie international tätig sind, dazu auf, sich durch klare Umwelt-, Sozial-, und Menschenrechtskriterien zu einem verantwortungsvollen Verhalten zu verpflichten. (307)
- Die Kirchen wenden sich an alle gesellschaftlichen Gruppierungen und die Medien, in der öffentlichen Diskussion legitime kurzfristige Einzelinteressen nicht gegen zukunftsorientierte Konzepte auszuspielen. (308)

9 VOM SOZIALWORT ZU SOZIALEN TATEN

Schlusskapitel

Altes Testament

Wie die Erde die Saat sprießen lässt
und der Garten die Pflanzen hervor bringt,
so bringt Gott, der Herr, Gerechtigkeit hervor. (Jesaja 61,11)

Neues Testament

Dann erwarten wir, Gottes Verheißung gemäß, einen neuen Himmel und eine neue Erde, in denen die Gerechtigkeit wohnt. (2 Petrus 3,13)

(309) Mit diesem Sozialwort bringen die im Ökumenischen Rat vertretenen christlichen Kirchen in Österreich ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass alles daran gesetzt werden muss, dass die realen, materiellen und rechtlichen Voraussetzungen für die Teilhabe aller Menschen an einem Leben in Freiheit und Gemeinschaft, in Verantwortung und Würde geschaffen werden können.

Diese Überzeugung motiviert die Kirchen, nicht nur ein Sozialwort zu veröffentlichen,

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

sondern erneut durch soziale Taten ihren Beitrag zur Umsetzung der darin formulierten Anliegen zu leisten.

Ermutigt werden sie dabei durch die Vielfalt engagierter Initiativen, die sich an der Standortbestimmung beteiligt haben, sowie durch die anregende Diskussion des Sozialberichts, der als Kontext für die Weiterarbeit mit dem Sozialwort seine Bedeutung behält.

In besonderer Weise bestärkt sehen sich die Kirchen durch das in diesem Prozess erneuerte Bewusstsein dessen, was Christinnen und Christen aus verschiedenen Kirchen in ihrem Engagement verbindet.

GESELLSCHAFTLICHE PROBLEME ALS GEMEINSAME AUFGABE

(310) Die Kirchen verstehen die im Sozialwort angesprochenen Probleme als eine Herausforderung für alle gesellschaftlichen Kräfte. Die Arbeit an der Lösung dieser Probleme erfordert ein Zusammenwirken aller. Sie anzusprechen bedeutet nicht, anderen Schuld zuzuweisen, noch den Anspruch zu erheben, selbst die endgültigen Lösungen zu haben. Wohl aber wollen die Kirchen damit ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringen, sich mit ihren je eigenen Möglichkeiten an der Weiterentwicklung der Gesellschaft zu beteiligen. Die Kirchen verbinden damit die Wertschätzung für alle, die sich in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft für ein gutes Zusammenleben engagieren, sich der Nöte anderer annehmen und an den Zukunftsfragen arbeiten, so wie es im Sozialwort-Prozess erlebbar geworden ist.

Kooperation und Konflikt

(311) Die Überzeugung, dass die anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen nur gemeinsam zu bewältigen sind, bedeutet aber auch, Unterschiede in den Zugängen und Sichtweisen wahrzunehmen, wechselseitig zu respektieren und an einer fairen Austragung von Konflikten zu arbeiten.

Die Dynamik der Sprache

(312) Besonderer Aufmerksamkeit bedarf dabei der Umgang mit Sprache. Wo durch Worte Misstrauen gesät, Verdächtigungen angedeutet, Personen abgewertet, wo Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, wird das für eine konstruktive Zusammenarbeit notwendige Vertrauen untergraben und die Akzeptanz möglicher Lösungen erschwert.

DER BEITRAG DER KIRCHEN

(313) Die christlichen Kirchen sehen es als ihren Auftrag, im Blick auf die größere Wirklichkeit Gottes jeweils die Fragen nach Sinn und Zielen zu stellen.

In ihrer Option für die Armen wollen sie dort helfen, wo Menschen unterdrückt werden und Not, Armut und Ausgrenzung erleiden.

Im Bewusstsein, dass gerechte Strukturen und Rahmenbedingungen wesentliche Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben für alle sind, setzen sie sich für die notwendigen Veränderungen von Strukturen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein.

Jenseits von Angebot und Nachfrage

(314) Die Kirchen stellen Grundfragen des Lebens. Was dient dem Menschen, dem Leben, der Schöpfung? Was ist das Ziel von Arbeit und Wirtschaft?

Orientierung aus der Sicht des Glaubens verlangt Auseinandersetzung mit herrschenden Bewusstseinslagen, eindimensionalen Denkweisen und unterschiedlichen Mentalitäten - und den Dialog mit anders Denkenden. Wesentliche Kriterien sind dabei Achtsamkeit für die Würde der Person und Verantwortung für die Schöpfung. Dabei ist sowohl auf die Geschlechtergerechtigkeit, wie auch auf die unterschiedlichen Lebenslagen zu achten. Dies bedeutet, langfristige Entwicklungen und ganzheitliche Ziele im Auge zu behalten. Dies

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

halten wir fest, obwohl sich die Kirchen in unserer schnelllebigen Zeit da und dort dem Verdacht ausgesetzt sehen, unrealistisch zu sein oder Illusionen nachzuhängen.

Option für die Schwachen und Benachteiligten

(315) Heute wollen die christlichen Kirchen Stimme der Stimmlosen sein, sich für die Integration von Menschen am Rande einsetzen, und Orte der Begegnung und Kommunikation bieten.

Die Kirchen werden sich zu Wort melden, wo immer auch durch gesellschaftliche Entwicklungen Gefahren drohen.

Verantwortung in der Demokratie

(316) Christinnen und Christen leben in Österreich in einem demokratischen Staat, der die Würde jedes Menschen anerkennt und den Menschenrechten verpflichtet ist. Zu seinen wesentlichen Zielen gehört das Wohl jeder einzelnen Person, das in das Gemeinwohl der Gesellschaft mündet. Dabei geht es um einen ständig neu zu ermittelnden Interessenausgleich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Die Kirchen wissen sich aus ihrem Sendungsauftrag verpflichtet, in diesen gesellschaftlichen Dialog ihre Stimme einzubringen. In ihrer Öffnung zur Welt stärken sie eine offene, demokratische Gesellschaft und die Selbstbestimmungskräfte der Zivilgesellschaft. Diese Anliegen suchen sie auch im Prozess der Erarbeitung einer neuen Österreichischen Verfassung zu vertreten.

Offen für gesellschaftliche Entwicklungen

(317) Die Öffnung der Europäischen Union für neue Mitgliedsländer und die wachsende weltweite Vernetzung stellen die demokratischen Gesellschaften vor neue Herausforderungen. Dafür bedarf die Europäische Union neuer Regeln, wie sie mit einer europäischen Verfassung formuliert werden.

Um gerechtere Strukturen als Voraussetzung für ein nachhaltiges, ökologisches Wirtschaften und einen dauerhaften Frieden zu schaffen, bedarf es einer Stärkung der Vereinten Nationen und entsprechender, die Menschenwürde beachtender Regelungsmechanismen.

Die Kirchen treten dafür ein, die Vereinten Nationen in jeder Weise zu stärken, so dass sie sich zielführend für gerechte Strukturen einsetzen können.

EINLADUNG AUF DEN GEMEINSAMEN WEG

(318) In jedem der vorangehenden Kapitel werden komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge angesprochen.

Damit verbindet sich die ausdrückliche Einladung an alle, sich an einer weiterführenden, kritischen Auseinandersetzung zu beteiligen.

Die in den jeweiligen Kapiteln formulierten Aufgaben für Kirchen und Gesellschaft bieten Anregungen, das Sozialwort in die Tat umzusetzen.

Sie sind als Einladung an einzelne, an kirchliche und gesellschaftliche Initiativen und Einrichtungen zu verstehen, sich die Anliegen des Sozialworts zu eigen zu machen und gemeinsam weiterzuführen.

(319) So ist dieses Sozialwort offen für zukünftige Herausforderungen. Die weiteren Entwicklungen der im Sozialwort angesprochenen und auch neuer Problemkreise können zu gegebener Zeit zu einer Fortschreibung des Sozialwortes führen.

(320) Die im Ökumenischen Rat vertretenen christlichen Kirchen in Österreich sind bereit, sich gemeinsam mit allen Kräften einzusetzen, um diese Welt in Hoffnung offen zu halten für die Zukunft Gottes.

GLOSSAR

AGENDA 21

Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, beschlossen in Rio 1992, von 178 Regierungen unterzeichnet.

BIODIVERSIDÄTSKONVENTION

1992 auf der UN - Umweltkonferenz in Rio de Janeiro beschlossenes und von mittlerweile über 180 Staaten ratifiziertes „Übereinkommen über die biologische Vielfalt“.

CHARTA OECUMENICA

Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa. Herausgegeben von der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen am 22. April 2001 in Straßburg.

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY

Konzept, durch das sich Unternehmen verpflichten, soziale und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit einzubeziehen.

GATS

(engl.) General Agreement on Trade and Services. WTO Abkommen zur Liberalisierung des internationalen Austauschs von Dienstleistungen (1994).

INFORMELLER SEKTOR

Informelle Gewerbe- und Dienstleistungen, meist auf minimaler Basis, zur Erzielung von Einkommen.

IWF

Internationaler Währungsfond (seit 1945), Sonderorganisation der UN mit 182 Mitgliedern zur Überwachung des internationalen Währungssystems und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik.

KAMPAGNE „GUTE ARBEIT“

Kampagne der Betriebsseelsorge und der Katholischen Arbeitnehmer/innen -Bewegung Österreichs für menschengerechte Arbeitsbedingungen.

LISSABON - STRATEGIE

Umfasst sämtliche Maßnahmen zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung der EU.

MULTILATERALE ABKOMMEN

Abkommen zwischen mehr als zwei Staaten.

NACHHALTIGKEIT

wirtschafts- und entwicklungspolitisches Konzept für eine sozial- und umweltverträgliche Produktionsweise, die auch die Lebensmöglichkeiten künftiger Generationen einbezieht.

NGO

(engl.) Non-Governmental Organizations. International tätige, nichtstaatliche Organisationen (z.B. Umweltschutz-, Menschenrechts-, Frauen-, Friedensorganisationen).

SOZIALBERICHT

Erfahrung und Praxis von 522 sozialen Initiativen und Einrichtungen der christlichen Kirchen in Österreich, Grundlage für das „Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich“.

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

TOBIN STEUER

Steuer auf internationale Zahlungen (Devisentransfers) zur Finanzierung internationaler Projekte, entsprechend einem Vorschlag des Nobelpreisträgers James Tobin.

VISION DER OIKOUMENE

Die christliche Vision von der Einheit der Menschheit und der ganzen bewohnten Erde.

WELTBANK

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, eine Sonderorganisation der UNO.

WTO

Welthandelsorganisation (engl. World Trade Organization), Sonderorganisation der UNO zur Stärkung der globalen wirtschaftlichen Kooperation.

WTO - TRIPS

(engl.) Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights - internationales Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum.

ZEITWOHLSTAND

Freie Verfügung über „eigene“ Zeit, um „gemeinsame“ Zeit zu ermöglichen.

ZIVILGESELLSCHAFT, ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Selbstgesteuerter Bereich freiwilligen Engagements von Bürgern zwischen dem Staat, dem Einzelnen und der Wirtschaft.

Quelle: <http://www.sozialwort.at/>